

Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-K3 Kapitel 3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

Antragstext

- 1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den
- 2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde aller Menschen.
- 3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt
- 4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken,
- 5 rechtsstaatlichen Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.

- 6 Demokratie geht von den Bürger*innen aus – und hat deshalb die Kraft des
- 7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt Rechtsstaatlichkeit und
- 8 Gewaltenteilung, Schutz von Minderheiten und von individuellen Freiheitsrechten
- 9 sowie freier Wettbewerb um die beste Idee und Lösung - und hat deshalb die Kraft
- 10 zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden Probleme zu lösen. Sie lebt von
- 11 gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt, von der Kompromiss – und
- 12 Koalitionsbereitschaft unter Demokrat*innen. Im Angesicht der Bedrohungen für
- 13 unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen uns als Land auf unsere
- 14 demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie stärken heißt, sie nach
- 15 innen lebendig und repräsentativ zu halten. Demokratie stärken heißt, jetzt die
- 16 drängenden Zukunftsfragen anzugehen. Demokratie stärken heißt,
- 17 Widerstandsfähigkeit gegen Demokratiefeind*innen und Angriffe auf die Integrität
- 18 von Wahlen, unsere Werte und Institutionen zu bilden.

- 19 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen
- 20 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,
- 21 streitbar unter Demokrat*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.
- 22 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen
- 23 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.

- 24 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem
- 25 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie
- 26 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch
- 27 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige
- 28 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist*innen und einen starken
- 29 Bevölkerungsschutz.

- 30 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei
- 31 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,
- 32 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.
- 33 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,
- 34 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe

35 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.
36 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie
37 Russland oder China. Sicherheit ist eine gesamtstaatliche und
38 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

39 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische
40 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.
41 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und
42 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und
43 Demokratie. Die EU vereinfacht das Arbeiten, Reisen, Leben, Lieben und Handeln
44 über Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und
45 reformieren. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür
46 besondere Verantwortung.

47 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und
48 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die
49 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische
50 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der terroristische Angriff gegen Israel, der
51 Krieg in Nahost, humanitäre Notlagen wie in Gaza, im Sudan oder in Afghanistan,
52 aber auch die Klimakrise erfordern höchste Aufmerksamkeit und entschlossenes
53 Handeln. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für die
54 internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen wir
55 Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen
56 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten
57 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden. Wir
58 stehen an der Seite der Menschen, die sich weltweit für Frieden, Demokratie,
59 Menschenrechte und eine lebenswerte Welt einsetzen.

60 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die
61 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,
62 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem
63 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.
64 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und
65 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die
66 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe
67 und Selbstbestimmung.

68 **A. Eine lebendige Demokratie**

69 **Für demokratischen Zusammenhalt**

70 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in
71 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder
72 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in
73 Kirchen, Moscheen oder Synagogen und anderen weltanschaulichen Einrichtungen
74 kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören auch kulturelle Einrichtungen wie
75 Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die Raum für neue Begegnungen und
76 gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben. Geschäfte und Gastronomie sind

77 ebenso ein Teil davon: Wir wollen diese Orte deshalb im Gewerbemietrecht vor
78 Verdrängung schützen. Öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen,
79 weil sie unabhängig ihrer finanziellen Situation Zugang haben und sich
80 wohlfühlen, dienen dem Zusammenhalt der Gemeinschaft. Darum sorgen wir dafür,
81 dass Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur funktional und sauber, sondern für
82 alle Menschen sicher und barrierefrei zugänglich sind.

83 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und
84 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal
85 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.
86 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung
87 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und
88 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern
89 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von
90 Journalist*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –
91 auch durch gemeinnützige Ansätze, die wir in die Abgabenordnung mit aufnehmen
92 möchten. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf attraktiver und sicherer,
93 um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu gewinnen.

94 Zivilgesellschaftliche Institutionen, wie Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände,
95 stellen eine wichtige Säule unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts
96 dar. Wir würdigen ebenso das Engagement der Kirchen, der Religions- und
97 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Auch
98 Konfessionsfreie tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und haben Anspruch
99 auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und gleichberechtigte Teilhabe.
100 Wir wollen das bestehende Religionsverfassungsrecht so weiterentwickeln, dass es
101 unserer gewachsenen religiös-weltanschaulichen Pluralität gerecht wird.

102 Wir schützen Menschen, die nicht streng religiösen Dogmen entsprechen, wie zum
103 Beispiel Alevit*innen und Jesid*innen, vor Anfeindungen.

104 **Für eine Erinnerung, die uns wach hält**

105 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere
106 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte und dafür,
107 dass aus unserem Erinnern eine bessere Zukunft erwächst. Ein guter
108 Geschichtsunterricht an den Schulen stärkt das Fundament unserer Demokratie.

109 Wir pflegen unsere Erinnerungsorte – diejenigen, die das Menschheitsverbrechen
110 der Shoah bezeugen. Und diejenigen, die von demokratischen Aufbrüchen und
111 bürgerschaftlichem Mut berichten.

112 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!
113 Deswegen wollen wir die KZ-Gedenkstätten mit ausreichenden Mitteln für den
114 Erhalt des Bestandes, für Forschung und ausstellungspädagogische, mehrsprachige
115 Begleitung und Gedenkveranstaltungen ausstatten. Die Dokumente der Zentralen
116 Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sollen der
117 Öffentlichkeit und Forschung langfristig zur Verfügung stehen. Besonders in
118 Zeiten erstarkender geschichtsrevisionistischer und extrem rechter Kräfte und
119 nach dem Ableben der Generation der Zeitzeug*innen sind Gedenkstätten wichtige

120 Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an heutige und
121 kommende Generationen.

122 Deswegen wollen wir allen Schüler*innen ermöglichen, einmal in ihrer Schulzeit
123 eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch finanziell unterstützen.

124 Wir intensivieren die Beschäftigung mit Antisemitismus, der ideologischen
125 Grundlage des präzedenzlosen Menschheitsverbrechens der Shoah. Wir intensivieren
126 auch die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm resultierenden
127 historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei nehmen wir
128 explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die NS-Verbrechen
129 gegenüber Menschen mit Behinderung werden wir weiter aufarbeiten, die Opfer
130 anerkennen und angemessen entschädigen. "Nie wieder" muss heißen: Verantwortung
131 zu tragen für die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

132

133 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der
134 Einwanderungsgesellschaft öffnen und tragen dem bei der Konzeption der
135 erinnerungspolitischen Maßnahmen Rechnung.

136 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen.
137 Erfolgreiche Programme zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte wie bspw.
138 "Jugend erinnert" sollen verstetigt werden. Wir stehen zur Realisierung des
139 geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche
140 Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“. Die
141 Auseinandersetzung mit dem in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR verübten
142 Unrecht werden wir konsequent fortführen und die Realisierung des Mahnmals für
143 die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sowie des Archivzentrums SED-Diktatur
144 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute unter den Folgen der
145 Repression und benötigen besonders im Bereich der gesundheitlichen Folgeschäden
146 bessere Anerkennungsbedingungen. Auch für die Rehabilitation und
147 Anspruchsberechtigung der Opfer des DDR-Doping-Systems setzen wir uns ein.

148 Gleichzeitig erinnern wir uns an den Mut und das Engagement der Bürger*innen,
149 die 1989 mit der Friedlichen Revolution das Ende der SED-Diktatur und den
150 demokratischen Neuanfang in einem vereinten Deutschland im Herzen Europas
151 ermöglicht haben. Wir unterstützen die Einrichtung des "Forum Opposition und
152 Widerstand 1945-1990" und des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und
153 Europäische Transformation in Halle als Orte des Austausches, der Forschung und
154 der Aufarbeitung zur Stärkung eines gemeinsamen europäischen Verständnisses von
155 Freiheit und Demokratie.

156 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen
157 Kolonialvergangenheit, insbesondere des Völkermords an den Herero und Nama, im
158 Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben. Diesen Prozess wollen wir
159 weiterführen und ihn durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler
160 Initiativen in die Gesellschaft tragen. Wir wollen bei Provenienzforschung und
161 der Rückführung von menschlichen Überresten und Kulturgütern aus kolonialem
162 Kontext die angemessene Beteiligung der Herkunftsgesellschaften und die
163 Übernahme von mit der Rückgabe verbundenen Kosten gewährleisten. Gegen den
164 fortbestehenden Handel mit menschlichen Überresten, v.a. aus kolonialen

165 Kontexten, wollen wir vorgehen. Wir wollen prüfen, wie wir mit Unrechtsurteilen
166 der deutschen Kolonialjustiz umgehen können.

167 Die Erinnerung an die Opfer von rechter Gewalt und gruppenbezogener
168 Menschenfeindlichkeit, wie bspw. in Hanau und durch den NSU ist für unsere
169 demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung. Deshalb sichern wir die
170 Finanzierung zur Umsetzung des NSU-Dokumentationszentrums und des Archivs rechte
171 Gewalt mit entsprechender Begleitforschung.

172 Gleichzeitig leben in Deutschland Menschen mit Erfahrungen von Flucht,
173 Verfolgung und Gewalt in ihren Herkunftsregionen. Auch dies ist ein Teil der
174 deutschen Erinnerungskultur.

175 **Für handlungsfähige Kommunen**

176 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu
177 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen
178 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger*innen verlässliche öffentliche
179 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe
180 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft
181 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

182 Für starke Kommunen braucht es viele gut ausgebildete Verwaltungsangestellte. Um
183 hier einen Fachkräftemangel abzuwenden braucht es moderne Strukturen und faire
184 Löhne im öffentlichen Dienst.

185 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu
186 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,
187 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Spielplätze, Schwimmbäder, Jugendclubs,
188 Sportplätze und Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro.
189 Durch eine auskömmlichere Finanzierung der Kommunen und den Deutschlandfonds
190 geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen
191 Investitionen zu finanzieren. Wir wollen, dass Teilhabe für alle Menschen zur
192 Regel wird.

193 Viele finanzschwache Kommunen, die einen Strukturwandel durchgemacht haben,
194 sitzen bis heute auf hohen Schuldenbergen und stecken angesichts drückender
195 Zinsen in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen
196 wir uns für einen von Bund und Ländern finanzierten Altschuldenfonds ein. Wir
197 werden dabei auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigen, die
198 durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind.

199 An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von
200 Rettungsdiensten, die Unterbringung und Integration von Geflüchteten oder
201 beispielsweise der Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern
202 übernommen werden - mit steigenden Kosten für solche Pflichtaufgaben der
203 öffentlichen Daseinsvorsorge muss folglich auch die Finanzausstattung für die
204 Kommunen steigen.

205 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die
206 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von
207 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.

208 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher zu Gunsten der
209 Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden reduzieren und die verbleibenden
210 weiter vereinfachen und nach klaren Regeln gestalten. In diesem Sinne und für
211 mehr Transparenz bauen wir die Förderdatenbank weiter aus. Wir stellen den
212 Kommunen künftig direkt mehr Gelder zur Verfügung und stärken weiter die so
213 genannten ungebundenen Mittel. Damit schaffen wir mehr Gleichwertigkeit,
214 entlasten die Verwaltung und steigern die Möglichkeiten vor Ort.

215 Wir unterstützen kommunale Unternehmen und öffentliche Betriebe als Triebfeder
216 der sozial-ökologischen Transformation und als Garant für demokratische
217 Gestaltung unserer Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir Kommunen wo möglich
218 dabei, Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand zu bringen und
219 ein sicheres Investitionsumfeld für kommunale Energieversorger zu schaffen.

220 Wir wollen die Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz zeitnah abschließen.

221 **Für eine starke demokratische Gesellschaft**

222 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige
223 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von
224 Bürger*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht
225 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch
226 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir
227 unsere demokratische Kultur. Die Demokratie zu schützen ist eine
228 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite
229 Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Programme
230 wie "Demokratie leben!" finanziell stärken und dauerhaft mit einem
231 Demokratiefördergesetz absichern.

232 Zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung sieht unser Grundgesetz
233 vor, dass Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam,
234 die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei durch das
235 Bundesverfassungsgericht beantragen können. Wir fordern Bundestag, Bundesrat und
236 die Bundesregierung auf, aus ihren Erkenntnissen parteiübergreifend Konsequenzen
237 zu ziehen und zügig auf einen Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit
238 der AfD hinzuwirken.

239 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,
240 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und
241 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,
242 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als
243 auch im Internet stärker geahndet werden. Wir prüfen geeignete Maßnahmen, wie
244 zum Beispiel eine Reform der Impressumspflicht und die dortige Offenlegung der
245 Wohnanschrift, um Menschen vor Nachstellungen und Stalking besser zu schützen.
246 Wir schützen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vor Angriffen, denn sie sind
247 ein hohes Gut.

248 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender
249 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für
250 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und

251 Unparteilichkeit stärken und absichern wollen. Wir brauchen auch bundesweit mehr
252 Anstrengungen, um die Medienkompetenzen und den kritischen Umgang der
253 Bürger*innen mit digitalen Inhalten in allen gesellschaftlichen Gruppen zu
254 stärken.

255 Auch die politischen Stiftungen liefern einen wichtigen Beitrag für die
256 politische Bildungsarbeit in unserer pluralen Demokratie, soweit sie auf dem
257 gemeinsamen Boden unserer demokratischen Grundordnung stehen.

258 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern unsere Demokratie bereits heute
259 vielfältig auf kommunaler und Landesebene. Mit Bürgerräten besteht die
260 Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert*innen des Alltags“ in einem
261 repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu stärken und gesetzlich
262 abzusichern, inklusive demokratischer Verfahren zu einzelnen
263 Beratungsergebnissen. Dafür wollen wir beispielsweise die Einführung einer
264 Volksinitiative prüfen. Das Petitionsrecht wollen wir weiterentwickeln und
265 stärken.

266 Wer in Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit
267 haben, hier an allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen
268 gleichberechtigt teilzunehmen. Im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger*innen
269 wollen wir die Teilnahme an Wahlen erleichtern.

270 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das
271 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und
272 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen
273 für ein starkes Parlament, eine Stärkung der parlamentarischen Verfahren und
274 konstruktive Kompromissfindung, sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat.
275 Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen wir transparenter gestalten
276 und Lobbytreffen der Regierung wie in der Europäischen Kommission sichtbar
277 machen. Dabei setzen wir uns für unabhängige Kontrollen ein, um Transparenz und
278 Integrität zu stärken. Die Sitzungen der Fachausschüsse sollen in der Regel
279 öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Es gibt Regeln für Parteispenden
280 oder politischer Werbung im Fernsehen und Radio. Es gibt solche Regeln auch im
281 Digitalen, die wir zum Schutz unserer Demokratie durchsetzen wollen. Wir sorgen
282 dafür, dass diese Deckelung auch durch die Besitzer sehr großer Online-
283 Plattformen nicht umgehbar ist. Es braucht klare Grenzen, wie viel Einfluss ein
284 Einzelner nehmen darf. Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen
285 jährlichen Höchstbetrag deckeln und weitere Maßnahmen prüfen, um Schlupflöcher
286 zu schließen. Hierfür nehmen wir insbesondere Auslandsspenden in den Blick.

287 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer
288 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch
289 für diese Organisationen gelten.

290 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das
291 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

292 **Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement**

293 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie
294 engagieren sich im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, organisieren
295 Kulturveranstaltungen oder unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen
296 sich ehrenamtlich in die Freiwillige Feuerwehr oder bei Hilfsorganisationen ein.
297 Sie unterstützen Geflüchtete. Viele junge Menschen entscheiden sich, ein Jahr
298 ihres Lebens nach der Schule zu ihrer persönlichen Entwicklung zu nutzen und in
299 den Dienst von Gesellschaft und Umwelt zu stellen.

300 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst
301 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische
302 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und
303 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,
304 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Ehrenamtliches Engagement
305 verdient unsere volle Unterstützung, deswegen wollen wir Anrechnungsregeln
306 prüfen und bürokratiearm gestalten. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir
307 eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und
308 Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
309 zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum freiwilligen Engagement auch für
310 Menschen mit geringem Einkommen, Migrationsgeschichte oder Behinderungen
311 verbessern.

312 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und die Plätze im
313 Bundesfreiwilligendienst entsprechend ausbauen und verlässlich finanzieren.
314 Viele Menschen – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung – möchten sich im
315 Freiwilligendienst engagieren und wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen
316 auch die Möglichkeit hierzu haben. Dafür wollen wir die Bedingungen für diese
317 Personengruppen verbessern und sozial gestaffelte Unterstützungsmöglichkeiten
318 schaffen. Wir wollen für eine faire Vergütung und umfassende
319 Informationsmöglichkeiten, insbesondere an Schulen, sorgen. Wir prüfen, ob ein
320 vergünstigtes Deutschlandticket den Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden
321 kann.

322 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre
323 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir
324 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass
325 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen
326 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch
327 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen. Wir wollen
328 Digitales Ehrenamt und Entwicklung, Betrieb und Pflege von nicht
329 gewinnorientierter Open-Source-Software als gemeinnützig anerkennen und
330 institutionell unterstützen.

331 **Für Sport, der verbindet**

332 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.
333 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale

334 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der
335 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

336 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische
337 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern
338 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte ein fester
339 Bestandteil der Sportpolitik sind. Den Nachhaltigkeitszielen wollen wir auch
340 dadurch Rechnung tragen, dass wir bereits vorhandene Sportstätten in die
341 Bewerbung einbeziehen und neu zu bauende für die Öffentlichkeit nutzbar machen.
342 Diejenigen, die von der Ausrichtung der Olympischen Spiele finanziell
343 profitieren, sollen auf die Erträge Steuern zahlen und die für Veranstaltungen
344 üblichen kommunalen Gebühren entrichten.

345

346 Wir wollen mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen
347 Sportverbänden vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

348 Wir wollen das Bundesprogramm zur Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern
349 ausbauen. Für uns sind dabei ökologische Nachhaltigkeit und Inklusion leitend.
350 Denn wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben
351 können. Den Breitensport stärken wir und schaffen gute Bedingungen für die
352 Schwimmbildung im schulischen und nicht schulischen Bereich sowie das
353 Training vor Ort.

354

355 Insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen fördern wir gezielt mit unserer
356 Sportpolitik, genauso haben wir die Interessen von queeren Menschen im Blick.
357 Zwei wichtige Mittel dazu sind das Gender Budgeting und Equal Pay. Mit einer
358 nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von
359 Leistungssportler*innen für Olympische und Paralympische Spiele sowie
360 vergleichbare Wettbewerbe gleichermaßen verbessern und die Mittelvergabe
361 transparenter gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet
362 und als gemeinnützig anerkannt wird.

363 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen
364 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

365 Fans sind essenziell. Deswegen stärken wir Fanprojekte, reformieren
366 intransparente Datensammlungen und weiten das Bundesprogramm gegen
367 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit aus.

368 **Für eine handlungsfähige Justiz in unserem Rechtsstaat**

369 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,
370 schnell entscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. So schützen wir die
371 Rechte aller Menschen. Dafür braucht es genügend Richter*innen und
372 Staatsanwält*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie eine entschiedene
373 Digitalisierung der Justiz.

374 Damit Rechtsschutz für alle offen steht, braucht es niedrigschwellige Zugänge
375 zur Justiz unabhängig vom Einkommen. Es braucht dafür auch eine attraktive
376 juristische Ausbildung. Die bisher schon eingeführten Reformen, wie zum Beispiel

377 den integrierten juristischen Bachelor, unterstützen wir und schaffen einen
378 bundesgesetzlichen Rahmen, der die Bedeutung der juristischen Ausbildung für die
379 Resilienz des Rechtsstaats wie auch die Entwicklung der juristischen Berufe
380 durch Legal Tech in den Blick nimmt.

381 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den
382 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein
383 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von
384 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass
385 mehrere Kläger*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.
386 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren
387 entlasten. Der Einsatz von KI als Unterstützung in der Justiz soll weiter
388 erforscht und entwickelt werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr
389 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder
390 spezialisieren und den Einsatz nicht-juristischer Fachleute unterstützen.
391 Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein wichtiges
392 Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dem wollen wir konsequent mit
393 der Stärkung des Umweltstrafrechts und einem Nationalen Aktionsplan begegnen..

394 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte
395 oder Zeug*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

396 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir
397 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält*innen transparent ausgestalten.
398 Nebeneinkünfte von Bundesrichter*innen sollen – wie schon jetzt beim
399 Bundesverfassungsgericht – auch bei allen anderen obersten Bundesgerichten
400 veröffentlicht werden. Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein.
401 Eine gute Justiz muss auch widerstandsfähig gegen Verfassungsfeind*innen sein.
402 Daher werden wir rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor
403 Verfassungsfeind*innen geschützt ist.

404 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht
405 zahlen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu
406 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des
407 Strafrechts geregelt werden können. Wir wollen, dass vor Einleitung einer
408 Erstattfreiheitsstrafe die Ursache der Nichtzahlung und Alternativen stärker
409 betrachtet werden.

410 Eine starke Anwaltschaft ist Fundament eines stabilen Rechtsstaats und der
411 Bürger*innenrechte. Wir werden auch zukünftig sicherstellen, dass jeder Mensch
412 der in Haft genommen wird anwaltlichen Beistand bekommt.

413 Um das besondere Vertrauensverhältnis zwischen staatlich anerkannten
414 Sozialarbeiter*innen und Klient*innen rechtssicher zu schützen, wollen wir die
415 Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechts prüfen.

416 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür
417 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und die Agentur der
418 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und
419 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

420 Für digitale Bürger*innenrechte

421 Freiheitsrechte und Bürger*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt
422 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)
423 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer
424 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen
425 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu
426 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen
427 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst
428 unbürokratisch und bundesweit einheitlich umgesetzt werden.

429 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.
430 Ihre Grenzen findet sie, wenn Desinformation sich unkontrolliert ausbreitet, und
431 wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder Volksverhetzung erfüllt sind. Diese
432 müssen konsequent gelöscht und entsprechende Accounts, schneller gesperrt
433 werden. Dafür sorgen wir mit einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die
434 Rechte der Nutzer*innen. Grundsätzlich gilt, wenn Hass mit Aufmerksamkeit
435 belohnt und Desinformation sich systematisch verbreitet, ist unsere Demokratie
436 gefährdet. Im digitalen Raum setzen wir uns für Algorithmen sozialer Netzwerke
437 ein, die eine vielfältige Informationslandschaft gewährleisten.
438 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben
439 wir wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine
440 konsequente, staatsferne Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa
441 und Deutschland ein. In Kooperation mit der EU wirken wir auf eine konsequente
442 Rechtsdurchsetzung des DSA hin. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz
443 beharrlich und rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt
444 werden.

445 Die Medienanstalten der Bundesländer müssen weitere Ressourcen erhalten, um
446 effizient bei der Löschung und Verfolgung von Hasskriminalität im Internet und
447 in den sozialen Medien zusammenzuarbeiten.

448 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.
449 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf zielgerichtete
450 Strafverfolgung und die dafür notwendigen Datenzugriffsrechte. Gerade im
451 digitalen Raum wollen wir diese mit effektiven und bürgerrechtsschonenden
452 Instrumenten, wie dem Quick-Freeze-Verfahren, konsequent ausbauen. Instrumente
453 der anlasslosen Massenüberwachung, wie Vorratsdatenspeicherungen, Chatkontrolle
454 oder die biometrische Erfassung im öffentlichen Raum, lehnen wir ab. Die
455 Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir bei der Evaluierung
456 bestehender und bei der Einführung neuer Befugnisse berücksichtigen und
457 evidenzbasiert und ausgewogenen durch Expert*innen bewerten lassen.
458 Wir wollen KI-gestützte Analyseinstrumente der Polizei für die Strafverfolgung
459 unter Einhaltung aller datenschutzrechtlicher Vorgaben stärker nutzbar machen.
460 Unser Ziel ist es rechtmäßig erhobene polizeiliche Daten durch automatisierte
461 Analyse, unter Einhaltung der Zweckbindung, schneller und effektiver miteinander
462 zu verknüpfen. Es muss jederzeit klar sein, wozu welche Daten verwendet werden.
463 Dabei setzen wir neben transparenten Verfahren auch auf regelmäßige Datenschutz-
464 Audits, außerdem muss die Datenhoheit bei der Behörde liegen.

465 **Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung**

466 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.
467 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt
468 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Diskriminierung überwinden,
469 denn sie schwächt unseren Zusammenhalt.

470 Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitsbereich oder bei
471 der Arbeit Diskriminierung erfahren, schützt der Rechtsstaat: Wir werden das
472 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren. Dazu weiten wir Fristen,
473 Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein
474 Verbandsklagerecht ein und schließen Schutzlücken.. Dazu gehört auch der Schutz
475 vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt
476 gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben und damit die
477 Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen, dass
478 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut
479 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen
480 gestärkt wird. Mit einem Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir
481 eine wirksame Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der
482 Beauftragten für Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und
483 Antiziganismus haben wir die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker
484 verankert. Wir wollen ihre und die Arbeit der weiteren Beauftragten für
485 gesellschaftliche Vielfalt weiter stärken. Wir bauen die Forschung, wie zum
486 Beispiel den Nationalen Rassismus- und Diskriminierungsmonitor, zu
487 Erscheinungsformen und Ausprägung von Diskriminierung aus. Um strukturellen
488 Rassismus, egal ob im Gesundheitswesen, in der Justiz oder in unseren
489 Sicherheitsbehörden, zu bekämpfen, wollen wir zielgerichtete
490 Fortbildungsangebote zur Steigerung der Diskriminierungssensibilität stärker
491 fördern. Zudem wollen wir die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer
492 Herkunft auch in Deutschland aktiv vorantreiben, Bildungsprojekte fördern und
493 die politische Teilhabe Schwarzer Menschen stärken.

494 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer
495 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in
496 Sicherheit leben können. Besonders nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel
497 am 7. Oktober steigt der Antisemitismus auch in Deutschland. Wir setzen uns
498 deshalb noch stärker für die auskömmliche Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz
499 jüdischer Gemeinden und israelischer Communities ein.

500 Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben setzen wir
501 weiter um, denn wir wollen jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern und
502 sichtbar machen. Antisemitische Vorfälle müssen verfolgt und dokumentiert werden.
503 Antisemitische Gewalt bekämpfen wir konsequent mit allen Mitteln des
504 Rechtsstaats. Dazu gehört es auch, Gesetzeslücken zu schließen. Es sollen keine
505 Projekte gefördert werden, die Antisemitismus, Rassismus oder sonstige
506 menschenverachtende Ideologien propagieren. Wir setzen uns für die Erarbeitung
507 einer Antisemitismusstrategie für den digitalen Raum ein. Antisemitismus hat
508 komplexe Erscheinungsformen: Wir setzen daher auf eine umfassende
509 Bildungsstrategie, die von Kindesbeinen bis ins Erwachsenenalter reicht, und die

510 Förderung von interkonfessionellem Dialog beinhaltet. Wir stärken die jüdische
511 Gegenwartsforschung.
512 Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die
513 Benachteiligung jüdischer Einwander*innen gegenüber den eingewanderten (Spät-
514)Aussiedler*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.

515 Mit einer Nationalen Strategie gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen
516 Rassismus gehen wir gegen die zunehmende Diskriminierung von Muslim*innen und
517 muslimisch gelesenen Menschen vor. Grundlage dafür sind die
518 Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Muslimfeindlichkeit. Wir
519 wollen vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland schützen. Islamfeindliche
520 Vorfälle müssen konsequent verfolgt und sorgfältig dokumentiert werden.
521 Die Imam*innenausbildung in Deutschland treiben wir voran und stärken damit die
522 Unabhängigkeit der islamischen Gemeinden. Wir wollen die Deutsche Islamkonferenz
523 weiterentwickeln und in unserem politischen Handeln auch progressive, liberale
524 muslimische Vertretungen einbinden.

525 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der
526 Expertenkommission Antiziganismus weiter konsequent umsetzen und einen
527 Staatsvertrag mit der Minderheit auf Bundesebene schließen. Antiziganistische
528 Vorfälle müssen bundesweit erfasst und verfolgt werden. Deshalb sichern wir die
529 Förderung der zivilgesellschaftlichen Monitoringstelle rechtlich ab. Wir setzen
530 uns weiterhin für eine breitere Anerkennung des 2. August als Europäischen
531 Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma ein.

532

533 Die nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland sind ein
534 unverzichtbarer Teil der kulturellen und historischen Identität unseres Landes.
535 Wir setzen uns weiterhin für die Förderung ihrer Kultur, Sprache und ihrer
536 Sichtbarkeit in der Gesellschaft ein,
537 sichern ihre Einrichtungen langfristig finanziell ab und stärken ihre
538 institutionelle Verankerung auf Bundesebene. Wir stärken zudem die nationalen
539 Minderheiten im Ausland.

540 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch durch verbindliche Maßnahmen in
541 all ihren Institutionen angemessen widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb unter
542 anderem dafür ein, dass Vielfalt und eine interkulturelle Öffnung – sowohl
543 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent
544 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Wir wollen,
545 dass Einstellungs- und Beförderungspraxis diskriminierungsensibel gestaltet
546 werden. Mit einem Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken
547 wir die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.

548 **Für Frauenrechte**

549 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,
550 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus, der alle in den Blick nimmt, also
551 intersektional ist und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell. Nur
552 wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit konsequent bekämpft
553 werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte

554 stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Wir
555 wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer
556 adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt.

557 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das
558 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.
559 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als
560 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher
561 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine
562 geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie eine bessere
563 Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und hochwertige
564 Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht zu Hause:
565 Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im Alltag sind sie
566 aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt bedroht.

567 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer
568 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen
569 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung
570 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,
571 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen
572 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren
573 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und
574 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie
575 Polizei umfassend geschult werden. Annäherungsverbote müssen in Fällen von
576 häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch
577 z.B. durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Opfer von Vergewaltigungen
578 brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive
579 anonymer Spurensicherung und der „Pille danach“.

580 Um die Perspektive der Betroffenen in die Gestaltung von Politik und
581 Präventionsmaßnahmen einzubeziehen, können Instrumente wie ein Betroffenenrat
582 für Häusliche Gewalt hilfreich sein.

583 Die Istanbul-Konvention ist ein Instrument, das die notwendigen Maßnahmen für
584 den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte
585 festlegt. Diese setzen wir konsequent um, durch verstärkte Präventionsmaßnahmen,
586 den Ausbau der Täterarbeit, konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte
587 Datenerhebung. Damit bekämpfen wir auch Femizide, also die gezielte Tötung von
588 Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Zudem prüfen wir, ob das geltende
589 Sexualstrafrecht um eine Neuregelung in der Form der Zustimmungslösung ergänzt
590 werden muss, um Straftaten besser verfolgen zu können. Ziel ist es, das geltende
591 Sexualstrafrecht mit der Zustimmungslösung zu reformieren. Auch der Einsatz von
592 KO-Tropfen und ähnlichen Substanzen bei sexuellen Übergriffen muss als
593 strafverschärfender Umstand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.
594 Online-Gewalt gegen Frauen wächst in rasantem Ausmaß. KI-generierte und echte
595 Nacktbilder werden als Waffe gegen Frauen und Mädchen gezielt eingesetzt. Bei
596 der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
597 setzen wir uns dafür ein, dass die Verbreitung von KI-generierten oder echten
598 Nacktbildern gegen den Willen der Betroffenen grundsätzlich eine Straftat

599 darstellt. Um die Würde der Opfer zu schützen, wollen wir rechtssichere
600 Regelungen finden, wie der Besitz und die Verbreitung von Bildmaterial, das die
601 Vergewaltigung einer erwachsenen Person zeigt, unter Strafe gestellt werden
602 kann.

603 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht
604 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende
605 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Gewaltbetroffene Frauen, deren
606 Aufenthaltsstatus von ihrem Ehemann oder Partner abhängt, sollen einen
607 eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht
608 leichter einfordern können, braucht es Zugang zu Beratung und Hilfestrukturen.
609 Bei der Feststellung der Lebensunterhaltssicherung zur Verlängerung der
610 Aufenthaltserlaubnis, sollen Erwerbseinschränkungen in der besonderen Situation
611 von Schwangeren, Alleinerziehenden und Frauen, die Angehörige pflegen, im
612 Einzelfall berücksichtigt werden.

613 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende
614 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft.
615 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir
616 stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution
617 aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen
618 menschenrechtsbasierten Ansatz, und rücken die Rechte und die Unterstützung der
619 Betroffenen in den Fokus. Wir wollen den ressortübergreifenden Nationalen
620 Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln. Opfer von Menschenhandel sollen ein
621 sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im
622 Strafverfahren.

623
624 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen werden wir
625 menschenrechtsbasiert stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie
626 nicht bleiben. Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in
627 prekären Situationen, muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade
628 beim Ausstieg aus der Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten
629 müssen strenger kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die
630 Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene
631 Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der
632 Betroffenen sicherzustellen. Sobald die Ergebnisse der Evaluation des
633 Prostituiertenschutzgesetzes vorliegen, sollen Bund, Länder und Kommunen sowie
634 Betroffene und Expert*innen auf dieser Grundlage gemeinsam ergebnisoffen
635 beraten, welche Änderungen am Gesetz notwendig sind, um die Situation in der
636 Prostitution zu verbessern, ohne die Prostituierten zu stigmatisieren oder zu
637 kriminalisieren.

638 **Für Selbstbestimmung**

639 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der
640 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in
641 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und
642 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in

643 Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des
644 Bundestags. Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in
645 Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu
646 Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung
647 der Ziele einführen.

648 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten
649 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen
650 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte
651 Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in §218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert
652 sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend
653 den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in
654 der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die
655 mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein,
656 dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein
657 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft
658 garantiert ist. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch
659 lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff
660 möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für
661 Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den
662 Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden. Auch
663 ärztlich verordnete Verhütungsmittel sollen kostenfrei und Teil des GKV-
664 Leistungskatalogs sein. Wir wollen das Stillen in der Öffentlichkeit in
665 Deutschland grundsätzlich erlauben und schaffen dazu die gesetzliche Grundlage.

666 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes
667 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen
668 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit,
669 einschließlich der Versorgung rund um die Geburt, zwingend berücksichtigen.
670 Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der
671 Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend
672 zur Verfügung stehen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und
673 bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

674

675 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch trans*, inter und nicht-binäre Personen in
676 den Blick.

677 **Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt**

678 Jeder Mensch hat das Recht, frei und selbstbestimmt leben zu können. Politik
679 muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische, schwule, bi,
680 trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) zunehmende Gewalt und
681 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin. Bereits erkämpfte Rechte, wie das
682 Selbstbestimmungsgesetz, schützen wir vor Angriffen und setzen uns weiterhin für
683 die Stärkung von Rechten queerer Menschen und ihrer Selbstbestimmung ein.

684 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan
685 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur
686 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel

687 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir
688 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen und
689 geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und
690 Hasskriminalität gegen LSBTIQ* entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die
691 Erfassung von queerfeindlichen Straftaten und bauen die Unterstützungsangebote,
692 sowie Ansprechstellen in Behörden und in der Justiz weiter aus. Die Empfehlungen
693 des Arbeitskreises zur Bekämpfung von homophober und transfeindlicher Gewalt
694 setzen wir um und evaluieren sie.

695 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie
696 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll unter anderem die Kostenübernahme durch die
697 Krankenkassen für medizinische Transitionsmaßnahmen für alle Betroffenen
698 diskriminierungsfrei gewährleistet, sowie Beratungsangebote ausgebaut werden.
699 Wir schließen die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an
700 intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht
701 gegenüber trans* und intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche
702 Unversehrtheit verletzt oder Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen.
703 Lücken beim Verbot sogenannter Konversionstherapien werden wir schließen und die
704 Aufklärungsarbeit über HIV sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und
705 aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt*innen vorantreiben.
706 Wir ermöglichen den diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen
707 Leistungen für alle und stärken die diskriminierungssensible Weiterbildung von
708 Mitarbeitenden bei der Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt.

709 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für
710 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden
711 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien, insbesondere von
712 lesbischen Müttern und ihren Kindern, im Abstammungsrecht und berücksichtigen
713 dabei die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären Menschen. Wir
714 verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern.
715 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich
716 füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im Alter stärker in
717 den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von älteren LSBTIQ*-
718 Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser berücksichtigen, damit
719 sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können. Auch junge queere
720 Menschen wollen wir stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

721

722 Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTIQ* besser vor Diskriminierung auf dem
723 Arbeitsmarkt geschützt werden.

724 **Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung** 725 **und eine inklusive Gesellschaft**

726 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen
727 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,
728 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit und Ableismus abgebaut wird. Das heißt
729 auch, dass geltendes Recht den Zielen der Inklusion nicht entgegenstehen darf.
730 Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab
731 unseres Handelns. Wir richten eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter

732 Beteiligung von Selbstvertreter*innen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.
733 Bürokratische Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an
734 ihrer Teilhabe hindern, wollen wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.
735 Damit die Verwendung von Steuern und öffentlichen Geldern allen zugutekommt,
736 müssen Inklusion und Barrierefreiheit in Gesetzgebungsverfahren stets mitgedacht
737 werden.

738 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen, im Analogen wie im Digitalen,
739 in nationales Recht umgesetzt, sowie einfacher und tatsächlich durchsetzbar
740 werden: Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei
741 machen. Auch Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und
742 Dienstleistungen müssen konsequent Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen,
743 wobei wir sie mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem
744 digitalen Barrierefreiheitstool unterstützen. Auch Vermieter*innen von Büro- und
745 Gewerbeflächen sind angehalten, diese Vorkehrungen zu treffen. Mieter*innen von
746 Gewerbe- und Büroflächen wollen wir den barrierefreien Umbau ihrer Gewerbe- und
747 Büroflächen auch in rechtlicher Hinsicht erleichtern und streben eine Ausweitung
748 der bestehenden Förderprogramme der KfW an.

749 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch
750 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und ihren Lebensunterhalt selbst
751 verdienen können.. **Damit Arbeitgeber*innen ihrer Beschäftigungspflicht**
752 **nachkommen, schließen wir gesetzliche Schlupflöcher und passen die**
753 **Ausgleichsabgabe an. Menschen mit Behinderung sollen wirklich selbstbestimmt**
754 **entscheiden können, wo und wie sie arbeiten.** Das heutige ausgrenzende
755 Werkstättensystem wollen wir schrittweise in Richtung Inklusionsunternehmen
756 weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten,
757 mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und existenzsicherende
758 Rentenansprüche erwerben können. Dafür sollen sie die individuell benötigte
759 Unterstützung erhalten. Die Reform des Werkstättensystems werden wir dabei im
760 engen Dialog gemeinsam mit den Werkstätten und Betroffenen gestalten. Hürden bei
761 Eintritt und Rückkehr ins Berufsleben sowie bei der Qualifizierung beseitigen
762 wir. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass in den Bundesverwaltungen
763 Modellprojekte für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen
764 über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geschaffen werden. EU-Mittel sollen nicht
765 in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention
766 entgegenstehen. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir durchlässiger gestalten
767 und hierbei Fehlanreize beseitigen.

768

769 Das Bildungssystem ist von Anfang an inklusiv auszugestalten. Die Kosten für
770 dafür notwendige Unterstützung müssen übernommen werden. Auch die inklusive Aus-
771 und Weiterbildung wollen wir fördern. Die Peer-Beratung der Ergänzenden
772 Unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTB) wollen wir in allen Regionen
773 weiterentwickeln.

774 Die Eingliederungshilfe wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene
775 niedrigschwellig, möglichst digital, schnell und aus einer Hand Zugang zu
776 Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch, die Durchsetzung sozialrechtlicher

777 Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und Gerichten zu beschleunigen **und die**
778 **Schnittstellen zu anderen Sozialgesetzen im Sinne der Menschen mit Behinderung**
779 **zu überarbeiten.** Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam Lösungen zur
780 Sicherstellung der Finanzierung der Eingliederungshilfe entwickeln. Wir wollen,
781 dass Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können, wo und wie sie wohnen
782 und wie sie ihre Freizeit verbringen möchten. **Dazu bedarf es einer inklusiven**
783 **Sozialraumplanung in den Städten und Gemeinden.** Unterstützungsleistungen müssen
784 unabhängig von Einkommen und Vermögen, einfach und schnell zur Verfügung
785 gestellt werden. Wir wollen den Ausbau inklusiver Wohnformen vorantreiben und
786 fördern und die Beratung dazu verbessern. Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht
787 von Menschen mit Behinderung einschränken, wollen wir abbauen. Wir stärken das
788 persönliche Budget als wichtiges Instrument der Selbstbestimmung.

789

790 Wir wollen die Deutsche Gebärdensprache besser verankern, weiter fördern und
791 damit auch ihre Nutzer*innen stärken. Wir wollen sie als nationale
792 Minderheitensprache anerkennen und prüfen Wege zur Umsetzung. Wir setzen uns für
793 die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur barrierefreien Kommunikation ein.
794 Wir stärken die Disability Studies.

795 Menschen mit Behinderung, insbesondere Frauen, sind häufiger von Gewalt
796 betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt
797 für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz insbesondere bei Angeboten für
798 Menschen mit Behinderung deutlich aus. Wir stärken das Recht auf sexuelle
799 Selbstbestimmung auch für Menschen mit Behinderung.

800

801 Wir nehmen bei unseren Maßnahmen auch Menschen mit chronischen Erkrankungen, wie
802 zum Beispiel Asthma und Allergien, stärker in den Blick, damit sie überall
803 gleichberechtigt teilhaben können.

804 **Für lebendige Kunst und Kultur**

805 Eine freie Kultur ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen
806 Zusammenlebens. Wir wollen ein Kulturangebot schaffen, das so vielfältig ist wie
807 das Land selbst und allen Menschen Zugang bietet. Gegen antidemokratische
808 Bewegungen, die einen ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft
809 führen, arbeiten wir für die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der
810 Künstler*innen und ihrer diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik,
811 Theater, Tanz oder bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club
812 oder Oper, ob öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und
813 Kreativwirtschaft. Indem wir ein Staatsziel Kultur in ihrer Vielfalt im
814 Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und Kultur umfassend und in der Breite.
815 Damit Kultur allen unabhängig von ihrem Wohnort zugänglich ist, bauen wir die
816 kulturelle Infrastruktur aus. Das gilt besonders für den ländlichen Raum, den
817 wir mit Programmen wie Aller.Land adressieren. Kulturpolitik wollen wir auf
818 Bundesebene auch institutionell stärken und besser vernetzen.

819 Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kulturorte, besonders für Clubs- und
820 Livemusikstätten und insbesondere in Innenstädten verbessern, durch Änderungen

821 beim Lärmschutz, im Baurecht sowie im Gewerbemietrecht. Die Förderung von
822 Schallschutzmaßnahmen bauen wir aus.

823

824 Die großen Bundeskulturinstitutionen sind ein Stabilitätsanker der
825 Kulturlandschaft, und wir wollen sie weiter öffnen. Es kommt darauf an, die
826 Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb werden wir
827 den Kulturpass verstetigen und prüfen, ihn auszubauen. Mit ihm erhalten
828 Jugendliche ein Guthaben, um Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir
829 damit die Nachfrage und unterstützen verschiedene Kulturanbieter in Stadt und
830 Land.

831

832 Durch die Green Culture Anlaufstelle, die wir erfolgreich gestartet haben,
833 unterstützen wir unsere Kulturlandschaft gemeinsam mit den Ländern auf ihrem Weg
834 in den nachhaltigen Betrieb - mit Beratung und Förderung.

835 Kulturproduzent*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir
836 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Wir wollen die
837 Kultur-Investitionsprogramme des Bundes vielfältiger aufstellen, indem wir
838 Einrichtungen der freien Szene und der Popkultur stärker berücksichtigen. Die
839 begonnene Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche
840 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung
841 werden wir abschließen. Hier und in anderen kulturellen Förderungen wollen durch
842 geeignete Richtlinien dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Diversität in
843 der Kultur angemessen repräsentiert wird. Den Games-Standort Deutschland stärken
844 wir mit einer steuerlichen Games-Förderung, die bestehende gezielte Förderungen
845 ergänzt. Dabei nehmen wir auch die Rahmenbedingungen für Ausbildung & Studium,
846 Entwicklung, Produktion, öffentliche Sichtbarkeit und deren Zusammenspiel in den
847 Blick und achten auf relevante Anliegen aus der Games-Community. Für die kleinen
848 Verlage werden wir eine Verlagsförderung einführen und das Kulturgut Buch
849 schützen. Die neu eingeführte Förderung für Musikfestivals (Festivalförderfonds)
850 hat sich bewährt, sie erweitern wir um eine Konzeptförderung sowie um Beratung
851 und Wissensvermittlung. Wir wollen den jüdischen Kulturfonds verstetigen, der
852 die Arbeit jüdischer und israelischer Künstler*innen unterstützt.

853

854 Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ist die Vielfalt der
855 kleinen und mittleren Kulturunternehmen wichtig für die Identität und Kultur
856 unserer demokratischen Gesellschaft und muss deshalb durch die richtigen
857 politischen Rahmenbedingungen gestärkt werden. Der zunehmenden
858 Marktkonzentration in der Popkultur wollen wir durch Dialog und Regulierung
859 begegnen, um fairere Bedingungen auf dem Ticketmarkt sowie bei der Verteilung
860 von Streamingeinnahmen zu erreichen.

861 Wir wollen die soziale Lage der Künstler*innen und Kulturproduzent*innen
862 nachhaltig verbessern, indem wir die Künstlersozialversicherung zukunftsfest
863 machen, die soziale Absicherung für Soloselbstständige, hybrid Erwerbstätige und
864 abhängig Beschäftigte verbessern und die in dieser Wahlperiode von der
865 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten
866 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen. Im Dialog mit

867 betroffenen Förderern und Institutionen werden wir auf gute finanzielle
868 Rahmenbedingungen für deren Umsetzung hinarbeiten. Digitale Plattformen, die von
869 den Inhalten von Kreativen profitieren, sollen sich an der
870 Künstlersozialversicherung beteiligen.

871 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von
872 Künstler*innen kämpfen. Die Entwicklungen von KI wirken sich auf jede Sparte der
873 Kulturproduktion aus und eröffnen auch hier neue Spielräume. Wir werden die
874 Auswirkungen von KI auf den Kulturbereich, besonders im Hinblick auf faire
875 Arbeitsbedingungen und Entlohnung, Persönlichkeitsrechte, Datenschutzvorgaben
876 und Urheberrecht prüfen. Wir wollen bei der Verwendung urheberrechtlich
877 geschützter Daten für KI-Systeme erreichen, dass Urheber*innen ihre Rechte und
878 Vergütungsansprüche zum Beispiel durch Lizenz- oder Abgabenmodelle künftig
879 durchsetzen können. Wir fordern Transparenz hinsichtlich des Einsatzes von KI
880 und eine bessere Erkennbarkeit.

881

882 Bibliotheken leisten einen zentralen Beitrag zur Medienkompetenz und damit zu
883 unserer Demokratie. Sie ermöglichen Zugang zu Bildung und Kultur unabhängig von
884 der sozialen Lage. Wir stärken analoge und digitale Bibliotheksangebote mit
885 erweiterten Öffnungszeiten und finden Möglichkeiten, dass Bibliotheken Bücher
886 unter Wahrung der Interessen der Urheber*innen analog zum physischen Verleih
887 auch per E-Lending verleihen können.

888 **Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft**

889 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Menschen kommen aus
890 unterschiedlichen Gründen zu uns. Deshalb braucht es eine echte
891 Willkommenskultur. Einwanderung ist Teil unserer gesellschaftlichen und
892 ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine Gestaltungsaufgabe, der wir
893 uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar nicht in Europa. Wir verbinden
894 Humanität und Ordnung.

895 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften
896 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort
897 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um
898 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein
899 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem
900 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim
901 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit
902 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach
903 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung
904 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu
905 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,
906 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die
907 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine
908 echte Willkommenskultur. Die bisherigen Ausländerbehörden werden so zu
909 Einwanderungsbehörden. Wir wollen, dass sich Menschen in unserem Land ohne
910 Vorurteile und Diskriminierung willkommen fühlen.

911 Mit der Einführung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der
912 Realität unserer vielfältigen Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die
913 Staatsbürgerschaft stellt für Menschen, die schon lange hier leben – zum
914 Beispiel die Generation der Gastarbeiter*innen –, ein dauerhaftes Band
915 rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Wir wollen, dass z.B.
916 auch Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung und
917 schweren Erkrankungen gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang dazu
918 erhalten. Es darf keine Staatsbürger*innen erster und zweiter Klasse und auch
919 keine Staatsangehörigkeit auf Abruf geben. Wie im Grundgesetz verankert, darf
920 die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden und eine mehrfache
921 Staatsangehörigkeit nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von
922 deutschen Staatsbürger*innen führen. Wir schaffen ein rechtssicheres
923 Anerkennungsverfahren zur Feststellung von staatenlosen Menschen und ihren
924 Kindern.

925 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie
926 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach
927 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären
928 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des
929 „Spurwechsels“ und gestalten ihn sinnvoll aus. Außerdem braucht es für beides –
930 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente und eine verlässliche
931 Finanzierung der Integration. Mit dem Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele
932 gut integrierte Menschen aus der Duldung geholt, ihnen eine echte
933 Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die Ausländerbehörden stark
934 entlastet. Es ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Wir wollen
935 eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik. Dafür wollen
936 wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische Entscheidungen einbeziehen
937 und ein beratendes Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung, der
938 kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

939 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen
940 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen wie die Bereitschaft sich
941 einzubringen an die, die zu uns kommen. Die Einwanderungsgesellschaft
942 funktioniert nur, wenn wir zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen.
943 Damit das gelingt, braucht es auch dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo
944 es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an Personal bei der
945 Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die Herausforderungen verstärkt. Die
946 Situation ist für viele Landkreise und Kommunen herausfordernd, für einige
947 überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen
948 mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell
949 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von ausfinanzierten, bedarfsgerechten und
950 qualifizierten Integrations- und Sprachkursen, die direkt nach der Ankunft
951 zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt sein, dass Barrieren für
952 Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Eltern und Mütter, die beim
953 Spracherwerb benachteiligt sind. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum
954 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Wir stärken die
955 Migrationsberatungsstellen und die Jugendmigrationsdienste, damit sie Menschen
956 von Beginn an beraten können. Die dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen.

957 Geflüchtete sollten Möglichkeiten nutzen dürfen, aus einer Unterkunft
958 auszuziehen. Familienbezüge und individuelle Anknüpfungspunkte müssen
959 berücksichtigt werden. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen besondere
960 Unterstützung. Wir setzen uns gegen Standardabsenkungen und für eine kinder- und
961 jugendgerechte Unterbringung ein. Ein Schulbesuch, psychosoziale Hilfe und die
962 Unterstützung vulnerabler Gruppen müssen von Inobhutnahme an schnell
963 sichergestellt werden. Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen
964 vulnerable Gruppen von Beginn an. Bund, Länder, Kommunen und die
965 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den
966 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.
967 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie
968 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbare geleistet.

969

970 Wir stehen für soziale Teilhabe. Politische Maßnahmen, wie zum Beispiel die
971 Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet sein, dass sie Bürokratie verringern und
972 Integration ermöglichen. Das haben wir in Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz
973 ohne unangemessene Bargeldobergrenze. Es muss immer sichergestellt werden, dass
974 keine Kürzung unter das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum erfolgt.
975 Auch zu guter Gesundheitsversorgung wollen wir allen Menschen unbürokratischen
976 Zugang ermöglichen.

977 Der stärkste Motor für Integration sind Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung.
978 Denn dort, wo Menschen sich verständigen können und gemeinsam etwas schaffen,
979 wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.
980 Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt
981 und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen
982 und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den
983 Arbeitsmarkt zu bringen.

984 Wenn sich Arbeitgeber*innen und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht
985 mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Damit entlasten wir auch
986 Arbeitgeber*innen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen
987 arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn durch die Ausländerbehörde nicht
988 aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen wir auch Planungssicherheit für
989 Arbeitgeber*innen und Geflüchtete. Anstatt Menschen in prekäre nicht-reguläre
990 Arbeitsverhältnisse zu drängen, wollen wir sie in gute
991 Beschäftigungsverhältnisse bringen. Mit frühzeitiger Beratung und einem
992 Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute Perspektiven
993 bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können. Die Anerkennung
994 ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen wollen wir vereinfachen.

995 **Für ein Land, das Schutz bietet**

996 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die
997 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich
998 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die
999 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen
1000 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, Krisenprävention, verlässlicher
1001 und ausreichend finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer

1002nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau und fairen
1003Handelsbedingungen leisten wir hierzu unseren Beitrag und setzen uns dafür ein,
1004dass andere Länder ebenso Verantwortung übernehmen.
1005Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität und zwingt bereits heute
1006Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind
1007historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen
1008besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag
1009leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur
1010Klimaanpassung und klimabedingter Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen
1011geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten.
1012Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

1013Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.
1014Wir verteidigen wir das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren
1015völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dem
1016subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Wir wollen
1017zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die
1018Kommunen schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Wir stellen uns gegen
1019reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen, die nur zu
1020Lasten der Schutzsuchenden gehen und Integration behindern.

1021Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen
1022und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen
1023und existierende Einschränkungen aufheben. Die Verfahren des Familiennachzugs
1024wollen wir beschleunigen und auf Sprachnachweise im Rahmen der
1025Familienzusammenführung vor der Einreise absehen.

1026Die Einstufung von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten darf nur
1027parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten
1028Kriterien getroffen werden. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder
1029Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, zügige und faire
1030Verfahren.

1031Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer
1032nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen
1033sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem
1034keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die
1035freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Für uns ist klar, dass Menschen nicht
1036in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen menschenrechtliche oder
1037völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Abschiebungen in Kriegs- und
1038Krisengebiete verbieten sich. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie den
1039Taliban bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen politisch
1040legitimieren. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen
1041nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden.

1042 **Für eine europäische und internationale Flucht- und**
1043 **Migrationspolitik**

1044 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit
1045 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in
1046 Europa. Europa geht nur gemeinsam und geordnete Migration nur europäisch.

1047 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der
1048 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration
1049 einzusetzen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen
1050 wir, wie jedes Recht, auf nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um.
1051 Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass
1052 Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend
1053 gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts
1054 stattfinden.

1055

1056 Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den
1057 Außengrenzen. Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring
1058 und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Wir wollen, dass die
1059 Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in Deutschland gemäß den Leitlinien
1060 der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union gesetzlich geregelt wird und
1061 die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands entsprechend
1062 finanziell ausgestattet wird. Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein
1063 menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut,
1064 Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die
1065 besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen
1066 oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden.
1067 Außerdem dürfen Menschen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen.
1068 Kinder müssen grundsätzlich immer unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention
1069 untergebracht werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.

1070 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
1071 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,
1072 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft
1073 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
1074 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende
1075 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen
1076 ablenken.

1077

1078 Stattdessen setzen wir auf eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Dritt-
1079 und Transitstaaten, denn mehr geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige
1080 Migration. Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere
1081 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig
1082 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und
1083 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte
1084 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige
1085 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker
1086 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch

1087 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete
1088 und oft lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig
1089 reduzieren können. Migrationsabkommen sollen ein Gesamtkonzept aus diesen
1090 Bausteinen umfassen. Internationale Zusammenarbeit darf nicht einseitig
1091 migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Wir fördern außerdem die
1092 durch Migration und insbesondere zirkuläre Migration entstehenden wertvollen
1093 Verbindungen zwischen Diaspora in Deutschland und den Herkunftsgesellschaften.

1094 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe –
1095 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins
1096 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für
1097 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen
1098 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden,
1099 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus, zu verhindern. Der
1100 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert
1101 werden, stellen wir uns entschieden entgegen. Wer vor dem Kriegsdienst flieht,
1102 beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu
1103 kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in Europa finden.

1104 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen
1105 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa, die durch das Schengen-
1106 Abkommen verwirklicht worden sind. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist
1107 das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in
1108 den Grenzregionen. Der offene europäische Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler
1109 unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen lehnen wir
1110 deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer
1111 nach Europa kommt. Daher sind rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen
1112 und eine zuverlässige Registrierung der Menschen unabdingbar.

1113

1114 Grenzkontrollen an der Außengrenze sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die
1115 zunehmend von europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Wir wollen die
1116 europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex rechtsstaatlich
1117 weiterentwickeln. Es bedarf einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von
1118 Frontex-Einsätzen. Frontex darf sich nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen
1119 beteiligen und muss solche Einsätze beenden. Es muss einfacher werden, Frontex
1120 und nationale Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer
1121 solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische
1122 Unterstützung.

1123 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Das Sterben im Mittelmeer muss
1124 enden. Es braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich
1125 koordinierte und ausreichend finanzierte Seenotrettung. Solange dies nicht
1126 erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der
1127 Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns
1128 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen und setzen uns
1129 für einen eindeutigen Tatbestandsausschluss auf allen politischen Ebenen ein.

1130 Wir wollen, dass Menschen Schutz finden, ohne lebensgefährliche Fluchtrouten
1131 wählen zu müssen. Für besonders gefährdete Gruppen wollen wir deshalb humanitäre

1132Aufnahme- und Resettlementprogramme - auch auf Landesebene - unterstützen. Wir
1133wollen weiterhin Verantwortung für Afghan*innen übernehmen, die wegen ihrer
1134Arbeit für die Bundesregierung oder ihres Einsatzes für ein demokratisches
1135Afghanistan besondere Risiken auf sich genommen haben sind. Für Ortskräfte und
1136bedrohte Frauen- und Menschenrechtler*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,
1137Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch
1138erteilt werden. Wir wollen sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen,
1139denn so schützen wir Menschenleben und legen Schlepperbanden und Menschenhandel
1140das Handwerk. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund,
1141Ländern, Städten und Gemeinden.

1142 **B. Ein Leben in Sicherheit**

1143 **Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität**

1144Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig
1145wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben
1146können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Die beste Form der
1147Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Gute
1148Präventionsarbeit und soziale Infrastruktur sind daher immer auch ein Beitrag
1149zur Sicherheit. Eine gut ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine
1150wirksame Kriminalprävention. Dazu gehört auch eine gute Aus- und Fortbildung.
1151Engagierte Polizist*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben
1152und unsere Bürger*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

1153Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass
1154sie das Personal, die Technik, Know-How und auch die verfassungskonformen
1155Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die
1156gesetzlichen Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz
1157werden wir modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.
1158Dazu zählt, dass wir polizeiliche Ermittlungen im digitalen Raum stärken.
1159Rechtsgrundlagen müssen stets zielgerichtet und anlassbezogen wirken. Wir
1160bringen eine evidenzbasierte Innenpolitik mit Bürger*innenrechten in Einklang
1161und adressieren die Ursachen von Kriminalität.

1162Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen
1163Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.
1164Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss
1165hier technisch mithalten können.

1166Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir Kriminalitätsentwicklungen im Blick
1167behalten und wissenschaftliche Expertise stärker einbeziehen. Den periodischen
1168Sicherheitsbericht, der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich
1169verankern. Mit wissenschaftlich fundierten Erfassungssystemen und Datenbanken
1170werden präzise Lagebilder und Beurteilungen ermöglicht, eine gute
1171Ermittlungsarbeit befördert und die Grundlage für angemessene und rechtssichere
1172polizeiliche Maßnahmen gelegt. Daher wirken wir auf die Verbesserung

1173polizeilicher Datenbanken im polizeilichen Informationsverbund hin. Wir
1174reformieren die Polizeistatistik, um Hasskriminalität besser zu erfassen.

1175Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist*innen in Zukunft schwieriger
1176wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Wer den Sicherheitsbehörden als
1177Verfassungsfeind*in bekannt ist, darf keine Waffen besitzen. Die Anzahl an
1178legalen und illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen.
1179Noch immer werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im
1180häuslichen Bereich. **Jeder Mensch, der durch eine Schusswaffe stirbt, ist einer**
1181**zu viel.** Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und
1182anderer gefährlicher Waffen, wie SRS-Waffen, weiter einschränken und hierfür das
1183Waffenrecht verschärfen. Schreckschusswaffen sollen nur noch mit kleinem
1184Waffenschein erworben werden dürfen. Für eine konsequente Durchsetzung des
1185Waffenrechts, wollen wir die Zusammenarbeit der Sicherheits- und
1186Aufsichtsbehörden stärken. Gegen den illegalen Waffenhandel gehen wir
1187entschieden vor.

1188Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen und ist Voraussetzung dafür, dass die Polizei
1189ihren komplexen Aufgaben nachkommen kann. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes
1190haben wir eine Anlaufstelle für Polizist*innen und Bürger*innen geschaffen, die
1191wir stärken und weiterentwickeln wollen. Dadurch verbessern wir auch die
1192Arbeitsbedingungen für Polizist*innen. Als ausführendes Organ des staatlichen
1193Gewaltmonopols hat die Polizei zudem eine besondere Verantwortung. Mit einem
1194Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für Kontrollen darlegt, wollen wir
1195polizeiliches Handeln transparenter machen. Dabei wollen wir polizeiliche
1196Kontrollbefugnisse so ausgestalten, dass diese rechtssicher angewandt werden
1197können. Zudem führen wir für die Bundespolizei eine anonymisierte
1198Kennzeichnungspflicht ein. In der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität
1199sensibilisieren und eine gute Fehlerkultur entwickeln. Polizeiliches Handeln und
1200Einstellungsmuster sind in Deutschland vergleichsweise wenig erforscht. Deshalb
1201wollen wir die Polizei stärker für wissenschaftliche Forschung öffnen. Den
1202Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen wollen wir stärker in den Fokus
1203nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung von Einsatzkräften und
1204Betroffenen verbessern.

1205Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr
1206Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen
1207wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die
1208europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt
1209weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

1210 **Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte** 1211 **Kriminalität**

1212Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.
1213Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland
1214wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu
1215spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine
1216wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale

1217 Drogenhandel sowie der Menschenhandel und die Zwangsprostitution. Der Schaden
1218 für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle Gruppierungen legale
1219 Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder den Immobilienhandel
1220 unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

1221 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen
1222 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die
1223 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund
1224 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte
1225 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Wir wollen, dass die
1226 Sicherheitsbehörden so aufgestellt werden, dass sie einen stärkeren Fokus auf
1227 Strukturermittlungsverfahren legen können. Die wissenschaftliche Forschung im
1228 Bereich der Organisierten Kriminalität wollen wir stärken. Auch internationale
1229 Kooperationen werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen
1230 oder den Einsatz von Kontaktbeamt*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der
1231 EUSTA wollen wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten
1232 Kriminalität ausweiten.

1233 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen
1234 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er
1235 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen
1236 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und
1237 durch eine stärkere politische Befassung gelingen und muss auf Prävention und
1238 Aufklärung setzen. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer unabhängigen
1239 zivilgesellschaftlichen Beobachtungsstelle für Organisierte Kriminalität ein.

1240 **Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten** 1241 **Steuerbetrug**

1242 Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden
1243 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem
1244 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten
1245 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu
1246 einer Finanzpolizei ausbauen. Dieses soll jährlich über seine Ermittlungserfolge
1247 berichten.

1248 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.
1249 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch
1250 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Dafür wollen wir auch die
1251 Vermögensabschöpfung stärker nutzbar machen. Die Einführung der administrativen
1252 Vermögensermittlung wollen wir prüfen. Das EU-Geldwäschepaket wollen wir zügig
1253 und ambitioniert umsetzen und dabei auch die Forderungen des Europäischen
1254 Parlamentes berücksichtigen. Mit einer bundesweiten Servicestelle wollen wir die
1255 Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für die Länder
1256 nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld mithilfe
1257 komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln wir das
1258 Transparenzregister für Unternehmen weiter und stärken die internationale
1259 Zusammenarbeit der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden.

1260 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere
 1261 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit
 1262 Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum oder organisierte Steuerkarusselle der
 1263 Vergangenheit angehören. Dafür stärken wir die Finanzaufsicht und gewährleisten
 1264 zuverlässige Prüfungen. Die Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur
 1265 Verfolgung schwerer Finanz- und Steuerkriminalität wollen wir deutlich steigern.
 1266 Dazu werden wir die Behörden so ausstatten, dass frühzeitige Ermittlungen
 1267 sichergestellt werden können und somit eine Verjährung von Steuerstraftaten
 1268 verhindert wird. Mehr Transparenz zu Unternehmenssteuern und - oft
 1269 verschachtelten und verschleierten - Eigentumsverhältnissen und bessere
 1270 Kapazitäten im Steuervollzug helfen dabei. Wir wollen die Heraufstufung von
 1271 bestimmten Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung zu einem Verbrechen
 1272 prüfen.

1273 **Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror**

1274 Menschenverachtende und verfassungsfeindliche Ideologien – egal ob politisch
 1275 oder religiös motiviert – säen Hass, spalten unsere Gesellschaft und sind der
 1276 Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil sich die Erscheinungsformen stetig
 1277 wandeln und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer werden, müssen wir
 1278 ihnen aufmerksam und energisch entgegenreten und Instrumente entsprechend
 1279 anpassen. Gerade junge Leute radikalieren sich heute vermehrt im digitalen
 1280 Raum. Es braucht passgenaue Medienbildung für unterschiedliche Zielgruppen, um
 1281 der Radikalisierung in allen Teilen der Gesellschaft entgegenzuwirken.

1282 Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht weiterhin vom Rechtsextremismus
 1283 aus. Diese Einschätzung wird auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz geteilt.
 1284 Ausdruck hiervon ist auch ein Höchststand an festgestellten rechtsextremen
 1285 Straftaten. Hinzu kommt die weiterhin sehr konkrete und ernste Bedrohungslage
 1286 durch den Islamismus. Die wehrhafte Demokratie muss den aktuellen Bedrohungen
 1287 für die freiheitlich demokratische Grundordnung konsequent entgegenreten.

1288 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass sich Menschen radikalieren.
 1289 Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Rechtsextremismus und
 1290 Islamismus im analogen und digitalen Raum aufklären. Wir brauchen Angebote für
 1291 Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir brauchen Angebote für
 1292 Aussteiger*innen aus den extremistischen Szenen oder Deradikalisierungsprogramme
 1293 für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir finanziell stärken und dauerhaft
 1294 mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

1295 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden frühzeitig erkannt,
 1296 intensiv beobachtet und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der
 1297 Staat muss sicherstellen, dass Verfassungsfeind*innen keine öffentlichen Ämter
 1298 bekleiden und weder in der öffentlichen Verwaltung Verantwortung tragen noch in
 1299 Sicherheitsbehörden oder Bundeswehr tätig sind. Dafür braucht es rechtssichere
 1300 Prüfverfahren. Verfassungsfeind*innen dürfen nicht an Waffen gelangen und müssen
 1301 konsequent entwaffnet werden. Hierfür nehmen wir insbesondere die rechtsextreme
 1302 Szene in den Blick. Wir treten dafür ein, dass eine Vorurteilsmotivation bei

1303 Straftaten konsequent berücksichtigt und hierfür geprüft wird, ob rechtliche
1304 Anpassungen notwendig sind.

1305 Wir werden den neuen und komplexen Gefahren durch Investitionen in unsere Innere
1306 Sicherheit begegnen. Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den
1307 Terrorismus stärken und das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend
1308 Personal und Technik und verfassungskonformen Befugnissen ausstatten, damit sie
1309 Terrorist*innen ausfindig machen und Anschlagpläne frühzeitig aufdecken können.
1310 Wir ergreifen Maßnahmen, um es den Behörden zu ermöglichen Finanzströme
1311 extremistischer Gruppierungen aufdecken und trockenlegen zu können. Top-
1312 Gefährder*innen müssen länderübergreifend stets im Blick der Sicherheitsbehörden
1313 sein, lückenlos überwacht und – wo immer möglich – strafrechtlich verfolgt
1314 werden. Damit das gelingt, muss europaweit einheitlich klar sein, wen wir als
1315 Gefährder*innen in den Blick nehmen.

1316 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern
1317 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –
1318 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.
1319 Es muss sichergestellt sein, dass Informationen die zuständigen Behörden
1320 frühzeitig erreichen. Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle
1321 notwendigen Befugnisse haben, um Terrorismus effektiv und zielgerichtet zu
1322 bekämpfen. Die Ergebnisse der Überwachungsgesamtrechnung werden wir analysieren
1323 und umsetzen. Aktionismus stellen wir eine verantwortungsvolle
1324 Sicherheitspolitik entgegen. Die wissenschaftliche Untersuchung über
1325 Entwicklungen von Phänomenbereichen werden wir stärker in die Sicherheitspolitik
1326 einbeziehen.

1327 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme
1328 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden
1329 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir die Unterstützung für die Opfer von
1330 Terrorismus und deren Angehörige vom Staat weiter stärken und finanziell
1331 absichern. wird. Damit sie eine zuverlässige Anlaufstelle haben, haben wir das
1332 Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir wollen die Aufarbeitung von
1333 Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen gedenken.

1334 **Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz**

1335 Extremwetterereignisse oder Katastrophen: Außerordentliche Ereignisse können das
1336 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen
1337 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden
1338 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

1339 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können
1340 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit
1341 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen
1342 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der
1343 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen
1344 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen, der
1345 Gleichstellung der Ehrenamtlichen bei Einsätzen oder Ausbildung oder
1346 Erleichterungen für Ehrenamtliche. Wir wollen Menschen mit Behinderungen aktiv

1347in den Bevölkerungsschutz einbeziehen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass
1348vulnerable Gruppen bei Planungen des Bevölkerungsschutzes stärker berücksichtigt
1349werden.

1350Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße
1351Ausrüstung, moderne Fahrzeuge und eine fortschrittliche Ausbildung. Wir werden
1352weiter in den Bevölkerungsschutz investieren. Dazu zählt eine ausreiche
1353Materialreserve und der Fähigkeitsausbau für CBRN-Gefahren. Wir schaffen
1354verlässliche digitale Systeme, eine morderne Cyberhilfe und bauen die
1355Warninfrastruktur aus . Wir wollen, dass sich der Bund stärker engagiert, das
1356Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mehr Kompetenzen
1357bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit ausgebaut wird.

1358Wir bauen die länderübergreifenden Katastrophenschutzübungen anhand von
1359Risikoszenarien aus und ergänzen diese durch einen stärkeren und praktischen
1360Einbezug der Hilfsorganisationen. Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung
1361stärken wir, indem wir den Bevölkerungsschutztag weiterentwickeln und Angebote
1362für alle Menschen in der Krisenvorsorge anbieten. Darüber hinaus wollen die
1363Ertüchtigung vorhandener Schutzbauten prüfen. Die Zeitenwende muss sich auch im
1364Bevölkerungsschutz widerspiegeln.

1365 **Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit**

1366Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder
1367Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren
1368Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit
1369stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen
1370Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen
1371gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in
1372Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und
1373Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge
1374an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie
1375verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Wir setzen
1376Staaten etwas entgegen, die mit gezielten Aktionen im Graubereich feindliche
1377Angriffe auf uns durchführen. Dafür wollen wir neue völkerrechtliche Instrumente
1378vorantreiben, die den Schutz globaler Infrastruktur gewährleisten. Für uns ist
1379ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen
1380Sicherheitsstrategie verankert haben.

1381Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine
1382wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend
1383eine solide Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren frühzeitig erkennen und
1384bewältigen können. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) werden wir in der
1385Spionageabwehr und den Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so
1386aufstellen, dass sie besser als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen
1387können. Wir wollen, dass das BfV stärker wissenschaftliche,
1388zivilgesellschaftliche und öffentliche Quellen in seine Analyse einbezieht.
1389Dafür wollen wir auch die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu
1390verfassungsfeindlichen Bestrebungen stärken und fördern. Den Militärischen

1391Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und
1392die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische
1393Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen
1394Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde
1395Nachrichtendienste und eine effektive parlamentarische Kontrolle.

1396Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben
1397wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer
1398Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere
1399Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere
1400Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz
1401wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische
1402Investor*innen schließen. Für die KRITIS-Betreiber*innen wollen wir
1403Beratungsangebote für Schutzmöglichkeiten stärken.

1404 **Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation**

1405Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch
1406Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu
1407beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive
1408Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und
1409die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen
1410entwickeln wir Maßnahmen in einer bundesweiten Strategie gegen Desinformation
1411weiter und beziehen hierbei Wissenschaft und zivilgesellschaftliche
1412Organisationen ein. Es braucht es wachsame Institutionen und verlässliche
1413Informationen, beispielsweise durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die
1414Menschen bei der Erkennung von Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in
1415anderen demokratischen Gesellschaften, wie wichtig es ist, unabhängige Stellen
1416zu haben, die Deepfakes, groß angelegte und gesteuerte Kampagnen mit
1417Falschnachrichten und andere, die Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig
1418erkennen. Die großen Medienplattformen werden wir auch auf Ebene der EU in die
1419Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformation
1420vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im Auftrag eines
1421fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden systematische
1422Desinformation bekämpfen. Dafür nehmen wir auch das manipulierende und
1423künstliche Verbreiten von entsprechenden Inhalten z.B. durch Bots in den Blick.
1424Den Kauf oder das Anbieten von Likes oder Followern auf Online-Plattformen
1425wollen wir als unlautere Geschäftspraktik untersagen. Wir stärken die effektiven
1426Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im digitalen Raum, um gegen
1427Organisierte Kriminalität und Hasskriminalität vorgehen zu können und bei
1428anonymisierten Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können,
1429Strafverfolgung mit der Login-Falle und durch Gerichte angeordnete
1430Accountsperrern zu ermöglichen. Wir werden Maßnahmen gegen Plattformen ergreifen,
1431die durch autoritäre Staaten genutzt werden, um systematische Desinformation zu
1432verbreiten.

1433Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und
1434unabhängige Berichterstattung und kann daher durch die Beachtung höchster

1435journalistischer Standards ein Punkt der Orientierung auch im Angesicht von
1436Desinformationskampagnen und Falschmeldungen sein. Es ist wichtig, dass er diese
1437bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen und weiterentwickeln kann. Die
1438dafür nötigen Reformen sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und
1439verlässlichen Rahmenbedingungen und beziehen uns bei der Ausgestaltung unter
1440anderem auf die Vorschläge der KEF. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine
1441Plattform, die länderübergreifend u.a. die öffentlich-rechtlichen
1442Informationsangebote zusammenführt und zugänglich macht und eine Alternative zu
1443den derzeitigen, rein kommerziellen Angeboten darstellt.

1444Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200
1445Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Auch
1446Wissenschaftseinrichtungen geraten zunehmend ins Visier. Diese Angriffe kommen
1447hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir werden
1448mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten und
1449widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in der
1450Informationstechnik muss eine stärkere und unabhängige Rolle beim Schutz
1451digitaler Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser
1452Ziel ist es, digitale Netze und Einrichtungen durch wirksame IT-
1453Sicherheitsmaßnahmen robust gegen Hackerangriffe zu machen. Wir wollen die
1454rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale Botschaften“
1455schaffen. Damit wollen wir relevante öffentliche Datenbanken absichern, um sie
1456auch in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur
1457Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen. Wir wollen Personen, die
1458strukturiert nach Sicherheitslücken im Interesse der Allgemeinheit suchen,
1459Rechtssicherheit und Unterstützung geben.

1460 **Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit**

1461Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und
1462Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue
1463verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten
1464Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür
1465braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte
1466Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu
1467begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;
1468sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für
1469Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den
1470Schutz unserer Demokratie, unseres Sozialstaates, und unserer Lebensgrundlagen
1471zu sichern – im Einklang mit einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik
1472sowie einer starken internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer
1473integrierten Sicherheit brauchen eine verlässliche Finanzierung.

1474Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir
1475in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer*innen verteidigen seither
1476Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen
1477die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit
1478diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die

1479 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für
 1480 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Dafür wollen wir sie auch
 1481 weiter in ihrem Recht auf Selbstverteidigung deutlich stärken und ihre
 1482 Verteidigungsfähigkeit verbessern. Das ist auch unser bester Eigenschutz hier im
 1483 Herzen Europas. Russlands hybride Angriffe richten sich längst auch gegen uns.
 1484 Die Souveränität der Ukraine in europäischer Solidarität muss sichergestellt
 1485 sein. Wir unterstützen die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der
 1486 Ukraine, ihrer Partner und aller Staaten, die glaubwürdig an Frieden
 1487 interessiert sind, unter dem Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die
 1488 Ukraine“. Zudem bekräftigen wir das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen
 1489 die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und NATO. Putins
 1490 Zermürbungskrieg gegen die Zivilbevölkerung setzen wir außerdem unsere
 1491 Unterstützung beim Wiederaufbau entgegen und tragen zur Herstellung
 1492 grundlegender Infrastruktur wie Wärmeversorgung, Schulen und Krankenhäuser bei.

1493 **C. Eine starke Europäische Union**

1494 **Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt**

1495 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren
 1496 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den
 1497 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und
 1498 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch
 1499 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische
 1500 Friedensordnung, von innen durch Extremist*innen und Populist*innen. Deshalb
 1501 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen
 1502 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein
 1503 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach
 1504 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit
 1505 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die
 1506 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb
 1507 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren und
 1508 Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa zu festigen. Um positive Anreize
 1509 zu setzen für Kandidatenländer, die echte demokratische Reformen umsetzen,
 1510 setzen wir uns für sichtbare Zwischenschritte im Beitrittsprozess ein. Parallel
 1511 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen
 1512 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.
 1513 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America First.

1514 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen
 1515 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das
 1516 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in
 1517 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen
 1518 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume
 1519 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:
 1520 keine EU-Gelder für Antidemokrat*innen. Wir setzen uns im Rahmen der
 1521 Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für strengere Regeln ein, um so

1522 über den bestehenden Konditionalitätsmechanismus hinaus Demokratie und
1523 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten zu sichern.

1524 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische
1525 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen
1526 bekommen und in allen Politikfeldern mit dem Rat gleichberechtigt Gesetze
1527 beschließen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale
1528 Listen gewählt werden. Bürger*innen sollen breiter und effektiver beteiligt
1529 werden. Dafür wollen wir die Europäische Bürgerinitiative und Europäische
1530 Bürger*innenforen stärken.

1531 **Für eine handlungsfähige EU**

1532 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem
1533 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der
1534 Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und der Georgier*innen, sofern alle
1535 Beitrittskandidaten die notwendigen Kriterien erfüllen. Wir sehen den mutigen
1536 und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen, demokratischen Kräfte z.B. in
1537 Georgien, Serbien und anderen Ländern mit Beitrittsperspektive. Wir unterstützen
1538 solche Initiativen, die zentral sind, um diesen Ländern eine Zukunft in der EU
1539 zu ermöglichen. Kandidatenländer und enge EU-Partner wie Armenien unterstützen
1540 wir in ihrem Kampf gegen Destabilisierung durch Russland und anderen
1541 Bedrohungen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU, doch eine
1542 Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften Kurswechsel bei
1543 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz voraus. Wir wollen die
1544 vielfältigen Beziehungen zwischen der Türkei, Deutschland und Europa stärken und
1545 die türkische Zivilgesellschaft unterstützen.

1546 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende
1547 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der
1548 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und
1549 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen
1550 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, wollen wir im Rahmen der in den
1551 EU-Verträgen festgelegten "Verstärkten Zusammenarbeit" vorgehen die stets
1552 offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit Frankreich und Polen wollen
1553 wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir so stark in die deutsch-
1554 französische Kooperation und das Weimarer Dreieck investiert. Eine Reihe der
1555 Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf einer Änderung der EU-Verträge.
1556 Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, einen Verfassungskonvent einzuberufen.
1557 Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener Verfassung.

1558 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb
1559 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend
1560 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der
1561 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation
1562 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.
1563 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus und andere Austausch-
1564 und Bildungsprogramme, Forschungskoperationen oder eine gemeinsame europäische
1565 Asylpolitik werden wir stärken. Außerdem braucht es verbindliche Ziele für den

1566Klima- und Naturschutz, eine starke soziale Säule sowie Investitionen in den
1567wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, die europäische Resilienz und
1568internationale Zusammenarbeit. Für zivilgesellschaftliche Akteure und
1569Unternehmen muss es einfacher werden, auf EU-Fördermittel zuzugreifen.

1570Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen
1571die finanzielle Ausstattung der EU durch ein Anwachsen des EU Finanzrahmens und
1572neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen, die durch europäische Instrumente
1573entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen. Sollten die USA die
1574globalen Vereinbarungen über die Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht mehr
1575umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine Europäische Digitalkonzernsteuer
1576ein. Investitionen mit höchster Priorität für unsere Sicherheit, unseren
1577Wohlstand, den sozialen Frieden und den Klimaschutz wollen wir mit den
1578Mitgliedstaaten unter Einbeziehung aller Finanzierungsoptionen gemeinsam
1579stemmen. Für die Bewältigung großer Herausforderungen haben sich auch gemeinsame
1580europäische Anleihen bewährt, etwa im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

1581 **D. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung**

1582 **Für eine aktive Außenpolitik**

1583Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung
1584übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.
1585Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken
1586Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,
1587in einer stabilen Welt.

1588Die EU ist Garantin für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU
1589als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Denn wir
1590haben ein stärkeres Gewicht auf der internationalen Bühne, wenn wir mit unseren
1591europäischen Partnern geeint auftreten und mit einer Stimme sprechen. Gemeinsam
1592stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die
1593Ukrainer*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die
1594Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.
1595Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, eine dauerhaft stabile
1596Friedensordnung in Europa zu gestalten und dabei insbesondere die an Russland
1597grenzenden Partnerländer berücksichtigen.

1598Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit
1599in Europa dar. Es braucht eine neue strategische Auseinandersetzung mit diesem
1600autoritären und zunehmend totalitären Russland von heute. Das gewaltsame
1601Verschieben von Grenzen darf nicht erfolgreich sein. Denn wenn sich die
1602imperialen Bestrebungen eines Aggressors gegenüber dem Völkerrecht durchsetzen,
1603ist auch der Frieden weltweit in Gefahr. Wir setzen auf wirtschaftliche und
1604sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern,
1605den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen und unsere eigene
1606Handlungsfähigkeit wahren. **Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanktionen gegen
1607Russland zur Eindämmung der Aggression ausgeweitet werden, etwa auf die
1608Atomwirtschaft.** Gegen Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre
1609Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei auch internationale Partner in

1610die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit neben den
1611Erträgen auch die stillgelegten russischen Vermögenswerten rechtssicher für die
1612Unterstützung der Ukraine nutzbar gemacht werden können. Wir reichen denjenigen
1613Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft
1614glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit einsetzen. Auch
1615die belarusische Demokratiebewegung werden wir vor Ort und im Exil in ihrem
1616Kampf gegen die Lukaschenka-Diktatur bestmöglich unterstützen.

1617Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz
1618aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der
1619USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,
1620historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA
1621ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische
1622Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und
1623Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

1624Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf
1625vielfältige und starke Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen Süden.
1626Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika und
1627Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf gegenseitigem
1628Vertrauen und Transparenz sowie gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir
1629auch Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für den Einsatz für
1630Menschenrechte weltweit, für globale Herausforderungen wie den Kampf gegen den
1631Klimawandel und in der systemischen Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1632China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen
1633Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu
1634erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch
1635die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-
1636Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der
1637deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent gemeinsam mit
1638unseren europäischen Partnern umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dazu zählt auch
1639das sogenannte De-Risking: wir wollen einseitige und risikoreiche Abhängigkeiten
1640von China abbauen und unsere Handelsbeziehungen breiter aufstellen, um
1641wirtschaftliche Stabilität und politische Handlungsfreiheit langfristig zu
1642gewährleisten. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im
1643Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel, Klima,
1644Wissenschaft und Technologie. Im Rahmen der Ein-China-Politik betrachten wir
1645Taiwan als wichtigen demokratischen Wertepartner und wollen den Austausch
1646intensivieren. Eine Änderung des Status quo in der Taiwan-Straße darf nicht
1647gegen den Willen Taiwans erfolgen.

1648Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die
1649Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem
1650Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns
1651unverhandelbar. Daraus folgt das Recht Israels, sich im Rahmen des Völkerrechts
1652gegen Angriffe zu verteidigen. Wir stehen ein für die Sicherheit von Israelis
1653und Palästinenser*innen.

1654

1655 Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels sowie die Angriffe und den Terror
1656 gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und
1657 Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte
1658 Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns
1659 ein. Deswegen verurteilen wir auch Siedlungsbau und Annexionspläne der
1660 israelischen Regierung, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der
1661 Palästinenser*innen verstoßen, sowie Siedlergewalt.

1662

1663 Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung, für das humanitäre
1664 Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid zu verhindern und Warnsignale
1665 ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die
1666 von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung
1667 geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem
1668 Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist unerträglich. Zu viele
1669 Zivilist*innen haben ihr Leben verloren, was auch Teil des zynischen Kalküls der
1670 Hamas war, deren Kämpfer sich unter den Zivilist*innen versteckt hatten. Der
1671 Bevölkerung fehlt es trotz intensiver Bemühungen von UN- und Hilfsorganisationen
1672 an fast allem, was es zum Leben braucht. Weite Teile von Gaza liegen in
1673 Trümmern.

1674

1675 Die Vereinbarungen zu einem Waffenstillstand sind eine Erleichterung, sie bieten
1676 eine Chance auf Verbesserung der humanitären Lage und müssen nun vollumfänglich
1677 umgesetzt werden, damit das Leid auf beiden Seiten endlich ein Ende finden kann.
1678 Auch im Libanon bietet sich nach Jahren der Krise ein Moment der Chance für
1679 Reformen und Veränderungen. Wir setzen uns weiter für die konsequente Umsetzung
1680 von Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats und eine Stabilisierung des Libanon
1681 ein. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist unteilbar.

1682

1683 Israel muss sich und seine Bürger*innen gegen den Terror der Hamas sowie die
1684 Raketen des iranischen Regimes und seinen Stellvertretern in der Region
1685 verteidigen können. Doch das ist kein Blankoscheck für Rüstungsexporte. Bei
1686 jeder Entscheidung über Rüstungsexporte ist das humanitäre Völkerrecht zu
1687 beachten. Wenn dem Schutz der Zivilbevölkerung nicht genug Rechnung getragen
1688 ist, dürfen im Einzelfall solche Waffen nicht exportiert werden.

1689 Das Assad-Regime ist für Jahrzehnte von Unterdrückung, Folter, Mord und
1690 Vertreibung verantwortlich. Diese dunkle Phase der syrischen Geschichte endet
1691 mit seinem Fall. Viele Syrer*innen hoffen nun auf ein Leben in Frieden und
1692 Freiheit. Auf diesem Weg unterstützen wir sie, im Rahmen der EU und der UN: für
1693 einen friedlichen und demokratischen Transformationsprozess, der alle
1694 Syrer*innen, gleich welchen Glaubens, welcher Ethnie und welchen Geschlechts am
1695 politischen Prozess beteiligt, ihnen Rechte gewährt und Schutz bietet. Dabei
1696 müssen alle Bevölkerungsgruppen inklusive Kurden, Jesiden, Drusen, Alawiten und
1697 Christen berücksichtigt werden. Um einen solchen Prozess zu ermöglichen,
1698 erwarten wir von den Nachbarstaaten, das Selbstbestimmungsrecht, die
1699 Souveränität und territoriale Integrität Syriens zu achten.

1700

1701 Für eine friedliche und inklusive Zukunft Syriens ist es wichtig, dass schwerste
1702 Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden. Kriegsverbrechen und Verbrechen
1703 gegen die Menschlichkeit müssen - auch in Deutschland nach dem Weltrechtsprinzip
1704 - aufgearbeitet und Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

1705

1706 Wir werden unseren Beitrag leisten, damit Syrien ein stabiles, freies und
1707 friedliches Land wird, in das Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben,
1708 sicher und selbstbestimmt zurückkehren können. Dazu gehört, dass wir weiter
1709 humanitäre Hilfe leisten, den Wiederaufbau fördern und bestehende EU-
1710 Wirtschaftssanktionen abbauen, um einen Neuanfang in Syrien und nachhaltige
1711 Stabilität in der Region zu unterstützen. Wir bieten den Menschen, die in den
1712 letzten Jahren bei uns Zuflucht gefunden haben, eine verlässliche Perspektive.
1713 Viele wollen aktiv bei diesem Wiederaufbau mitwirken. Wir unterstützen sie
1714 dabei, indem wir bürokratische Vorgaben reduzieren, die ihnen dabei bisher im
1715 Wege stehen, ohne dass sie in der derzeitig noch volatilen Lage ihren
1716 Aufenthaltstitel verlieren. Denn noch ist völlig unklar, in welche Richtung sich
1717 Syrien entwickelt. In dieser unklaren Lage, halten wir die übereilten
1718 Forderungen nach Rückführungen für falsch.

1719

1720 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land
1721 und destabilisiert die ganze Region, unter anderem durch Stellvertreter wie
1722 Hisbollah, Hamas und die Huthis. Wir werden die Sanktionen gegen die
1723 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre
1724 Einhaltung streng überprüfen. Ziel unserer Sanktionspolitik ist es, den
1725 iranischen Machtapparat zu treffen, nicht die Menschen im Iran. Deswegen setzen
1726 wir uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU-
1727 Ebene ein und unterstützen die iranische Zivilgesellschaft. Es braucht zudem
1728 weitere gemeinsame diplomatische Anstrengungen, um die Freilassung der politisch
1729 Gefangenen zu bewirken und die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.
1730 Dabei wollen wir die Lehren aus den Verhandlungen um das JCPoA ziehen.

1731

1732 Der Krieg in Sudan hat zu einer der größten humanitären Krisen unserer Zeit
1733 geführt. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir uns dafür ein, dass die
1734 Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückkehren und humanitären Zugang
1735 ermöglichen. Nur so kann die Hungersnot beendet werden. Wir leisten humanitäre
1736 Hilfe, unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur*innen und nutzen die uns im
1737 Rahmen der EU zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die externe
1738 Unterstützung der Konfliktparteien einzudämmen.

1739 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und
1740 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit
1741 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage
1742 dafür sind ein ressortgemeinsames Lagebild und Lagezentrum über die Bedrohungen,
1743 Risiken und Chancen für unsere Sicherheit, wirkungsorientierte Strategien sowie
1744 eine starke ressortübergreifende Koordination.

1745

1746 Wir wollen ein Zentrum für strategische Vorausschau schaffen, das mit Blick auf

1747die Herausforderungen einer umfassenden Sicherheitspolitik und breiter Expertise
1748aus unterschiedlichsten Bereichen Zukunftsszenarien entwickelt und aus diesen
1749Handlungsmöglichkeiten ableitet. Mit modernen Formen der Beteiligung sollen
1750zudem Impulse von Bürger*innen aufgenommen und Raum für Debatte geschaffen
1751werden.

1752 **Für einen zukunftsfesten Multilateralismus**

1753Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die
1754multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der
1755Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät
1756zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,
1757Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine
1758Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke
1759des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1760Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.
1761Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere
1762Repräsentation der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese
1763Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen. Bei
1764anhaltenden Blockaden im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, die
1765Möglichkeiten der UN-Generalversammlung gemäß der Resolutionen "Uniting For
1766Peace" und "Veto Initiative" nutzbar zu machen und so die Handlungsfähigkeit der
1767internationalen Gemeinschaft zu verbessern. Zudem wollen wir uns als Teil einer
1768digitalen Außenpolitik in der UN und in internationalen Foren aktiv für ein
1769globales, offenes und selbstverwaltetes Internet sowie für den
1770verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz einsetzen.

1771Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr
1772Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel
1773für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt, mehrjährig vergeben, und enger
1774mit entwicklungspolitischen Maßnahmen verzahnt werden, um Herausforderungen in
1775fragilen Kontexten gerecht zu werden, die Planbarkeit zu verbessern und Krisen
1776nachhaltig vorzubeugen. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der
1777humanitären Hilfe einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen
1778weiter stärken. Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe
1779bei der notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer*innen geschützt sind.

1780Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft
1781sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung
1782zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir
1783Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese
1784strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale
1785Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung
1786aktiv vorantreiben. Wir stehen unverbrüchlich hinter dem Internationalen
1787Strafgerichtshof und seinem Auftrag, Verantwortliche für Verbrechen gegen das
1788humanitäre Völkerrecht und das Völkerstrafrecht zur Verantwortung zu ziehen.
1789Denn niemand steht über dem Völkerrecht - es gilt überall. In enger Abstimmung
1790mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche

1791 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression und eine entsprechende Reform des
1792 Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ein.

1793 **Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung**

1794 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und
1795 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für eine nachhaltige
1796 Entwicklung, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend
1797 unter Druck. Autoritäre Regime und autokratische Tendenzen schränken die
1798 Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit ein, unterdrücken zivilgesellschaftliches
1799 Engagement, gefährden Aktivist*innen und verfolgen Dissident*innen – auch im
1800 Ausland und im digitalen Raum. In dieser systemischen Auseinandersetzung setzen
1801 wir uns entschlossen für die liberale Demokratie ein und machen uns dafür stark,
1802 dass Menschenrechte in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Dadurch
1803 stärken wir auch unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1804 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für
1805 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.
1806 Dazu gehören auch Schutzprogramme für verfolgte Menschenrechtsverteidiger*innen,
1807 Journalist*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Studierende vor Ort
1808 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele
1809 Verfolgte. Wir wollen die Aufnahme von besonders gefährdeten Aktivist*innen
1810 durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren weiter unterstützen sowie den
1811 Schutz vor transnationaler Repression durch gemeinsame europäische Ermittlungen
1812 und Sanktionen gegen die Verantwortlichen verbessern.

1813 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis
1814 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und
1815 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen interessen-
1816 und wertegeleitet ausbauen. Deutschland hat eine immerwährende Verantwortung
1817 gegenüber den Ländern und Menschen, die unter der Besatzung und den Verbrechen
1818 des Nationalsozialismus unermessliches Leid erfahren haben. Mit ehemaligen
1819 deutschen Kolonien wie Namibia haben wir unter Einbeziehung der Nachfahren der
1820 Opfer den Versöhnungs- und Aufarbeitungsprozess vorangetrieben. Diese Schritte
1821 werden wir konsequent fortführen. Dabei möchten wir gemeinsame Wege finden,
1822 Verantwortung für unsere Vergangenheit zu übernehmen und in einem
1823 völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.

1824 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und
1825 wirtschaftlich erfolgreicher. Menschen stehen im Zentrum einer feministischen
1826 Außen- und Entwicklungspolitik. Eine solche Politik identifiziert ungerechte
1827 Machtstrukturen, benennt sie und hat zum Ziel sie zu durchbrechen. Sie bedeutet,
1828 die Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen, Mädchen und
1829 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen,
1830 auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Wir wollen unseren Einsatz gegen
1831 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser
1832 unterstützen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie den Schutz von queeren
1833 Menschen vor Diskriminierung und Gewalt weltweit vorantreiben,
1834 Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit

1835 stärker verankern, mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen
1836 bereitstellen. Denn wie stark Frauen an der Gesellschaft teilhaben ist ein
1837 Gradmesser für die Stärke von Gesellschaften.

1838 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen
1839 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der
1840 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns
1841 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen und marginalisierten
1842 Gruppen in Afghanistan ein, die seit der Machtergreifung der Taliban schwersten
1843 Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Solange die De-facto Regierung ihren
1844 internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nicht nachkommt, kann es keine
1845 Rückkehr in die internationale Gemeinschaft geben. Außerdem stehen wir an der
1846 Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid*innen, die
1847 besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter
1848 schützen. Wir fordern die Innenminister*innen der Länder dazu auf, einen
1849 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid*innen zu beschließen.

1850 **Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt**

1851 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den
1852 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der
1853 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.
1854 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in
1855 der EU zusammenarbeiten.

1856 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen
1857 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Die sicherheitspolitische Lage und der
1858 Rückstand der deutschen Fähigkeiten zur Gesamtverteidigung machen das besonders
1859 dringlich. Dafür braucht es verlässliche Finanzierung mit einem
1860 Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO vereinbarten und auch national
1861 definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür dauerhaft deutlich mehr als 2
1862 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Sicherheit und
1863 Verteidigungsfähigkeit investiert. Dieser wird nicht allein aus laufenden
1864 Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine höhere
1865 Kreditaufnahme finanziert werden müssen, um zu verhindern, dass Investitionen im
1866 Verteidigungsbereich zu Lasten anderer notwendiger Zukunftsinvestitionen gehen.
1867 Wie zu Zeiten der Eurokrise und der Pandemie braucht es auch auf europäischer
1868 Ebene eine gemeinsame finanzielle Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in
1869 Europa, wie es die Europäische Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir
1870 auch europäische Synergieeffekte nutzen.

1871 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken
1872 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile
1873 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen
1874 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,
1875 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
1876 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir
1877 dahingehend bedarfsorientiert und systematisch stärken. Zur besseren
1878 Koordination unserer entwicklungs- sicherheits- und friedenspolitischen

1879 Maßnahmen, wollen wir diplomatische Kapazitäten in den Auslandsvertretungen
1880 gezielt aufstocken.

1881 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von
1882 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und
1883 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten
1884 schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und
1885 Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1886 Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus
1887 Russlands noch wichtiger geworden. Wir werden den Vertrag zur Nichtverbreitung
1888 von Kernwaffen stärken und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen
1889 Organisationen sowie Überlebenden von Atomwaffenabwürfen oder -tests ausbauen.
1890 Dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag als Beobachter konstruktiv
1891 begleitet ist ein Erfolg grüner Regierungsbeteiligung und ein erster Schritt auf
1892 dem noch langen Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt. Denn echte
1893 Abrüstung und mehr Sicherheit für alle wird es nur geben, wenn alle Staaten
1894 glaubhafte Schritte in diese Richtung gehen. In einer Zeit, in der Putins
1895 Russland bestehende Abrüstungsinitiativen zerstört und mit seinen nuklearen
1896 Fähigkeiten droht, ist die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO eine essentielle
1897 Säule unserer Sicherheit.

1898

1899 Es braucht dringend neue Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und
1900 Weltraum. Entwicklungen in diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege
1901 geführt werden. Für uns ist klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von
1902 letalen vollautonomen Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle
1903 über Leben und Tod entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf
1904 internationaler Ebene für eine Ächtung ein. **Den militärischen Einsatz von**
1905 **Künstlicher Intelligenz wollen wir international regulieren.**

1906 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und
1907 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem
1908 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen
1909 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten und die humanitäre und präventive
1910 Rüstungskontrolle weiterentwickeln.

1911 **Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr**

1912 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO
1913 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts
1914 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –
1915 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.
1916 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall
1917 auch militärisch zu verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken
1918 und von Angriffen abzuhalten. Dies muss einhergehen mit einer gesamtstaatlich
1919 und gesamtgesellschaftlich getragenen Zivilverteidigung und Resilienz.

1920 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere
1921 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in
1922 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr

1923 müssen im Rahmen des Völkerrechts und multilateral verankert sowie in ein
1924 politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische,
1925 entwicklungspolitische und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen
1926 die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die
1927 Evaluierung von Einsätzen verstetigen. Die Lehren und Empfehlungen der Enquete-
1928 Kommission des Bundestages zu Afghanistan und künftigen vernetzten
1929 Krisenengagements verdienen sorgfältige Berücksichtigung.

1930 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine
1931 große gesellschaftliche Verantwortung und Fürsorgeverpflichtung für alle, die in
1932 ihr dienen und dienten. Die Prinzipien der Inneren Führung mit dem Leitbild des
1933 Soldaten bzw. der Soldatin als "Staatsbürger*in in Uniform" sowie die
1934 Integration der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft sind für uns leitend. Wir
1935 stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet
1936 und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Die Rekrutierung Minderjähriger
1937 lehnen wir ab. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss klar sein: Wer
1938 bereit war, sein Leben für den Frieden einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit
1939 und Unterstützung verdient.

1940 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, muss sie personell
1941 und materiell gut ausgestattet sein. Statt den aus guten Gründen seit 2011
1942 ausgesetzten, allgemeinen Grundwehrdienst wieder einzuführen wollen wir den
1943 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver
1944 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat*innen Personal
1945 langfristig binden. Neben den notwendigen Investitionen braucht es auch
1946 strukturelle Reformen. Dazu gehören etwa die bessere Vereinbarkeit von Familie
1947 und Beruf, Bürokratieabbau, eine angemessene Ausrüstung und
1948 Fortbildungsmöglichkeiten. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es
1949 schnelle Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der
1950 Wehrrfassung, die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus
1951 wollen wir die Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel
1952 machen, beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1953 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr
1954 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern
1955 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir
1956 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern
1957 abbauen und unsere technologische Souveränität durch den Ausbau europäischer
1958 Produktionskapazitäten stärken. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame
1959 Investitionen und den politischen Willen, um nationale industriepolitische
1960 Interessen in den Dienst von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Angesichts
1961 der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele unserer
1962 Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor
1963 Aggressionen und Krieg zu schützen. Ein bedarfsorientierter europäischer
1964 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind deshalb zwei
1965 Seiten einer Medaille. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik trägt zum
1966 Schutz unser Partner bei und verhindert zugleich, dass mit deutschen und
1967 europäischen Waffen Menschenrechte verletzt und autokratische oder diktatorische

1968Regimes unterstützt werden. Mit diesem Ziel wollen wir klare, transparente und
1969an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte
1970Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene stärker
1971gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren
1972Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen. Bei jeder
1973Einzelfallentscheidung muss Deutschland seinen nationalen und internationalen
1974rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

1975 **Für globalen Klimaschutz**

1976Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie
1977zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.
1978Sie birgt enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten. Es ist in unserem
1979unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen abzumildern.

1980Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die
1981Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie
1982schaffen auch massive und nachhaltige wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten.
1983Mit konsequenter Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik
1984machen wir Deutschland zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere
1985Staaten auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand.

1986Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich
1987für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende
1988beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben
1989gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.
1990Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1991Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur
1992internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der
1993internationalen Klimakonferenz COP.
1994Dafür wollen wir innovative Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit
1995unseren Partnern darauf hinwirken, dass Investitionen und Handelsbeziehungen mit
1996den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda 2030 in Einklang gebracht werden.
1997Wir tragen dazu bei, dass sich multilaterale Banken aus der Finanzierung
1998fossiler Energieträger zurückziehen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt
1999besondere Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und
2000Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Dabei
2001setzen wir uns dafür ein, die Rechte und Beteiligung indigener Völker
2002ressortübergreifend zu stärken.

2003Entsprechend der Beschlüsse der Weltnaturkonferenzen und Weltklimakonferenzen
2004wollen wir globalen Klima- und Biodiversitätsschutz enger miteinander verzahnen.
2005Wir unterstützen unsere Partner beim Schutz bedeutsamer Ökosysteme, die große
2006Mengen CO₂ einspeichern und schützen so Biodiversität, Klima und unsere
2007Lebensgrundlagen gleichermaßen.

2008Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere
2009Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie
2010die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima-, Energie- und

2011Entwicklungspartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden
2012und Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch
2013Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu
2014gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten
2015aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale
2016Abhängigkeiten entstehen. Zugleich wollen wir von Ländern lernen, die uns bei
2017der dezentralen Energiewende voraus sind. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu
2018Partnern bauen, die nicht alle unsere Werte teilen.

2019 **Für starke Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit**

2020Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch
2021internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und
2022Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für
2023menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt
2024ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere
2025Chinas und Russlands.

2026Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten
2027Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für
2028nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.
2029Unser Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir wollen eine
2030eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und
2031weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet. Dazu gehört auch ein
2032Entwicklungsministerium, das verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und
2033der Diaspora kooperiert sowie eine starke, partizipativ orientierte
2034entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland.

2035Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter
2036Repräsentation in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale
2037Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen
2038treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen
2039uns für regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur
2040Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ein,
2041um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten wir
2042gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen
2043Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

2044Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir
2045beispielsweise agrarökologische Ansätze, beenden den Export von Pestiziden und
2046Pestizidwirkstoffen, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken
2047nicht zugelassen oder verboten sind, schützen Landrechte von Kleinbäuer*innen
2048und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive Finanzmarktspekulationen
2049mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-Pandemie und weltweit
2050zunehmende Antibiotikaresistenzen zeigen, dass Gesundheit globale und
2051vorausschauende Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir
2052Partnerländer im Aufbau ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die
2053Weltgesundheitsorganisation stärken und ein internationales Pandemieabkommen
2054vorantreiben. Alle Menschen sollen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten,

2055Impfstoffen und Tests erhalten. Deswegen fördern wir aktiven Technologie- und
2056Wissenstransfer sowie das Teilen von geistigem Eigentum wo nötig, um diese
2057Gesundheitsprodukte kosteneffizienter und bedarfsgerechter zu produzieren. Wir
2058unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument
2059gegen Armut.

2060Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält
2061und mindestens, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
2062Entwicklung (OECD) und den Vereinten Nationen vereinbarte Quote von 0,7 Prozent
2063des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert und davon
20640,2 % für die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder zur Verfügung stellt.
2065Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und
2066Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue
2067Finanzierungsziele für die Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Um zur Deckung
2068des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir zusätzliche Mittel
2069mobilisieren und dafür auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten
2070Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des
2071Gewährleistungsrahmens des Bundes. Dabei wollen wir wirksame Anreize setzen, um
2072neben öffentlichen Geldern auch private Mittel zu mobilisieren.
2073Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten
2074internationalen Handelns.